

Die deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 238 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Samstag, den 13. Oktober 1934

Chefredakteur: M. Braun

Katholikenverfolgungen
wird Hitlers eunstes Wort
Seite 3

Korruption der Hitlerbonzen
Seite 4

Düstere Wolken über
Frankreich
Seite 3

Volkssturm an der Saar

Die in der deutschen Freiheitsfront geeinten Sozialisten und Kommunisten stoßen in gewaltigen Kundgebungen vor — In Saarbrücken drei überfüllte polizeilich gesperrte Säle — Auftakt für den 13. Januar

Durchbruch!

Saarbrücken, 12. Oktober.

Am Mittwoch hörten wir uns die Saarmeldungen am deutschen Rundfunk an. Es wurde berichtet, daß der „Separatismus“ — so nennt das Banditentum die Front des deutschen Arbeitervolks an der Saar — sich in voller Auflösung befinde. Die Führer seien zum größten Teil geflohen, weil sie an ihrer Sache verzweifeln. Die Verführten seien ratlos oder träten zur sogenannten „deutschen Front“ über. Argendwo sei von den „Separatisten“ eine Massenversammlung einberufen worden. Man habe ihnen den größten Saal des Ortes zur Verfügung gestellt. Geflohen seien ganze 9 (neun) Personen. So der amtliche Rundfunk der — mit Respekt zu sagen — Regierung des Deutschen Reichs.

Am Donnerstagabend gingen wir zu einer plötzlich und fast ohne Propaganda einberufenen Versammlung in Saarbrücken. Zum ersten Male im städtischen Saalbau, der, wie alle anderen größeren Versammlungsräume des Saargebietes, erst durch eine Verordnung der Absteuungskommission aus der deutschen Freiheitsfront zur Verfügung gestellt wird. Verunlich verhindert, konnten wir erst kurz vor Beginn kommen.

Rängt war das Gebäude polizeilich gesperrt. Vor dem Tore, auf der Straße, auf dem Neumarkt staute sich die große Menge derjenigen, die nicht mehr in den Saalbau gelangen konnten.

Eines der süßesten und verlogenensten Subjekte in der „Saarbrücker Zeitung“ berichtet heute, in die Versammlung, die entsprechend den leider noch geltenden einschränkenden Bestimmungen nur von Mitgliedern der sozialistischen Einheitsfront besucht werden durfte, seien wahllos fremde Gäste zugelassen worden. Wie sie doch schwindeln! Wir selbst haben nur nach einem langen regelrechten Kampfe mit allen pflichteifrigen städtischen Saalwächtern und Polizeibeamten noch Zugang in den Saalbau erlangt, und wir gehören doch, wie selbst der Chefredakteur der „Saarbrücker Zeitung“ nicht bestreiten wird, einigermassen sicher zur Einheitsfront und konnten uns auch leidlich ausweisen. Strengstens wurde die Kontrolle gehandhabt. Es war also wirklich ein streng geschlossener Aufmarsch der Sozialisten und der Kommunisten.

Keine Annonce war erschienen. Kein Plakat war geklebt, denn das läßt der Terror-Überbürgermeister der „deutschen“ Angst-Front nicht zu. Kein Flugblatt war verbreitet. Nichts war ergangen als ein Ruf der Organisation und weit mehr als 10000 Männer und Frauen des Arbeitsvolks waren zum Saalbau geeilt. Nur aus Saarbrücken!

Denn da bis in die letzte Stunde zweifelhaft war, ob die Versammlung überhaupt stattfinden konnte, erhielten in den Außenbezirken selbst die Vertrauensleute keine sichere Kunde. Dennoch wurden einer Versammlung deren drei. Nach mußten noch Kundgebungen im großen Saal der Arbeiterwohlfahrt und im Saal des „Stiefel“ improvisiert werden, und noch mußten Tausende umkehren.

Wir sahen in den Versammlungen und auf der Straße dieses Massenangebot, hörten die Gespräche und die Ausrufe. Waren es Emigranten, importierte Lothringer und Franzosen? Nein, es war bodenständiges deutsches Saarvolk. Es waren Männer und Frauen der Handarbeit, auch der geistigen Berufe und des gewerblichen Mittelstandes, die meisten unmittelbar von ihrer Arbeitshätte herbeigezogen.

Das also sind die Volksgenossen, die der angebildete Hegehafter Führer der „deutschen Front“ in jeder Rede Gesindel schimpft. Das also sind die deutschen Freiheitskämpfer an der Saar, die der von der Terrorfront bezahlte katholische Pfarrer Wilhelm, neben dem ebenso tiefgelungenen Pfarrer Arens, ein gottlästerlicher Schandstück seiner heiligen Kirche, als „Gesinnungslumpen“ bezeichnet. Das also sind die Volksgenossen deutscher Junge, die ein journalistischer Zuhälter von Schindern, Räubern und Mördern, so heißen wir den gleichgeschalteten Chefredakteur Dr. Hellbrück, „deutschfeindlich“ zu nennen sich erdreistet. Das also sind die opferbereiten saarländischen Anti-

faschisten, die von edelstem deutschem Idealismus besetzt sind, und dafür von ungeschliffenen Anoten wie dem Saarkommissar Bürkel mit dem Verjagen aus ihrer Heimat bedroht werden!

Wahrlich: ehrslos und schändlich, wer je vergißt, was bestohene Kreaturen einer mit tausendfachen Verbrechen an der deutschen Kultur beladenen Gewaltregierung deutschen Volksgenossen nachsagen und anzutun wagen.

In den Versammlungen sprachen Sozialdemokraten und Kommunisten vereint: Pfaff, Pfordt, Sender, Lehmann, Becker, Vili Hermann und der revolutionäre Dichter Erich Weinerl. Der Führer der deutschen Freiheitsfront, Max Braun, befindet sich auf einer Vortragsreise durch die großen Städte der Schwelt.

Die Saarbrücker sind nicht eben von übersäuendem Temperament. Es ist schwer, sie zu Begeisterungsausbrüchen hinzureißen. Gestern war das gar nicht nötig. Auch wenn statt gewandten und geschulten Rednern die unbeholfensten Sprecher auf der Tribüne gestanden hätten, würden die Säle unter den leidenschaftlichen Ausbrüchen der Menge erzittert sein. Zum ersten Male konnten ja diese Männer, diese Frauen, diese Jugend in Saarbrücken selbst zeigen, daß sie nicht das klägliche zusammengelehrt-Häuflein sind, als das die Hitler und Goebbels und deren Schreiber sie seit Monaten hinstellen, sondern die gewaltige Bewegung, die an der deutschen Saar das Werk von Generationen deutscher Arbeiter gegen den Einbruch von rohen Soldnern einer blutbesudelten Diktatur verteidigt.

Was sagten die Redner? Sie durften nur über die Abstimmung sprechen. Selbstverständlich fedeten sie auch über die großen mit der Saarfrage verbundenen Zusammenhänge, denn schließlich wird hier kein Lokalereignis besprochen, sondern ein europäisches Problem ersten Ranges.

Allen Rednern war gemeinsam das unbedingte Bekenntnis zum Denkspruch, die tiefe unzertrennbare Verbundenheit mit dem Volke, dessen Sprache wir reden, die Liebe zu dem Lande, dessen Acker, dessen Werkstätten, dessen Dome unsere Väter schufen, der Schmerz und die Scham über die Schande, die unserer Nation, wie einst von außen, nun von innen angetan worden ist, der feste Wille, dieses ewige Deutschland zu säubern von dem brutalen und gestöhnigen Ungeziefer, das es ausbeutet und ruiniert und schließlich das unerlöschliche Ziel, das deutsche Saarvolk mit einem geläuterten und erneuerten Reich zu vereinen. Gerade auch die Kommunisten riefen ihren Schwur in die Wägen: nimmer für Hitler und immer für Deutschland!

Und wie gingen diese Sozialisten und Kommunisten begeistert mit. Mächtiger noch als sonst bei vielen Stellen brandeten die Beifallswogen hoch, wenn die Redner sich bekamen zu kommenden freien großen deutschen Nation, nicht minder allerdings, wenn sie ankündigten, was kommen muß und kommen wird: das deutsche Volksurteil und die geheiligte Abrechnung gegen die Volkverbrecher, deren Schuld graufiger ist als die der blutigsten Scheusale in der Menschheitsgeschichte.

Die Pressefreiheit siegt

Man muß sich das ganz klar und deutlich vorstellen: in dem kleinen Territorium des Saargebietes gibt es, was in dem übrigen Deutschen Reich mit Gewalt ausgerottet ist: ein paar unabhängige Zeitungen. Jede von ihnen mit nur wenigen Redaktionskräften besetzt. Ohne nennenswerte finanzielle Mittel, wie jeder Kenner des Zeitungswesens zu beurteilen vermag. Eine kleine Schar von freien Journalisten, die mit Einsatz ihres Lebens der mächtigsten und skrupellosten Diktatur auf dem Erdball trotzen.

Gegen diese paar Zeitungen steht die ganze gleichgeschaltete Presse des Saargebietes in ihren vom Reich bezahlten Palästen und mit Bankkonten, die immer wieder von den Propagandafonds des Goebbels erneuert werden. Gegen die paar unabhängigen Blätter steht der ganze behördliche

An alle!

Wir antworten in der vorliegenden Nummer auf die terroristischen Verbotsforderungen der „deutschen“ Front, die uns durch die Staatsgewalt unterdrückt wissen will. Wir wehren uns nach dem alten deutschen Grundsatz: die beste Verteidigung ist der Hieb.

Wir wissen, daß unsere Sprache kräftig ist. Diese Art der Polemik werden wir beibehalten gegen jeden, der uns als „Separatisten“ oder „deutschfeindlich“ verleumdete, ja schon gegen jede Zeitung, die in erkennbarer Absicht uns nur als „Freiheit“ statt als „Deutsche Freiheit“ zitiert.

Diszipliniert, wie sie gekommen waren und in drangvoller Eile ausgehalten hatten, rüdten die Massen ab. Die „deutsche“ Terrorfront hatte Kontroll- und Propagationskommandos entsandt. Vor Beginn standen sie gruppenweise in der Menge, um etwaige Verstöße gegen die Versammlungsverordnungen zu denunzieren. Freiwillige Spindel der „landfremden Regierung“. Nachher lämmelten sie sich auf dem allmählich leer gewordenen Flache herum und besetzten regelrecht die Brücke über die Saar, um zu Zwischenfällen herauszufordern. Das Auftreten dieser Burken war unerhört. Dennoch kam es zu keinem Zusammenstoß. Wir freuen uns darüber. Je größer unsere Disziplin, um so härter und so erfolgreicher werden wir in den heißen Monaten sein, die noch vor uns liegen.

Wir schreien und wir prügeln nicht, aber Schonung im geistigen Ringen werden unsere Gegner nicht zu erwarten haben.

Keines ihrer Blätter wagt über die gestrigen Massenversammlungen zu berichten. Werden sie wieder wie nach dem unüberleblichen Aufmarsch vieler Zehntausende in Sulzbach die Zahl der Versammelten mit zehn oder zwanzig dividieren? Wer wird ihren Gannereien noch glauben, wenn gestern in Saarbrücken allzuwiele Mitglieder auch der „deutschen Front“ sahen, daß regimentenweise die „Separatisten“ in die Mitgliederversammlungen der Einheitsfront strömten?

Der Durchbruch an der Saar ist da! Am 13. Januar wird sich zeigen, wie unerhört die Hitler und Goebbels die Welt anzulügen sich erdreisten, wenn sie behaupten, sie und ihre Taten seien von dem einmütigen Vertrauen der Deutschen getragen.

Die geeinte Aktion für Deutschlands Freiheit kämpft an der Saar, und sie wird der Welt zeigen, daß sie für das deutsche Volk zu siegen weiß.

Apparat des Saargebietes vom Oberbürgermeister bis zum Dorfschulzen, vom Landgerichtsdirektor bis zum Gerichtsschreiber, vom Studienprofessor bis zum Schuldienner, vom Monopolkapitalisten Nöbling bis zum Handelskommersekretär, alles was aus Reizung oder mehr und häufiger noch aus Angst vor den Gewalthabern im Reich durch Gleichschaltung sich unterworfen hat.

Gegen diese paar frei gebliebenen Zeitungen ist die ganze enorme Propagandaorganisation des „Dritten Reiches“ mobilisiert: alle Sender des deutschen Rundfunks, die tausende Zeitungen und Zeitschriften im Reich, eine unübersehbare Literatur vom Buche bis zur Flugchrift, die vielgestaltigen millionenköpfigen Organisationen des Nationalsozialismus, die Jugend in allen Schulen, denn bis in die Lehrbücher wird

gegen uns geschrieben, ja das ganze Vereinsleben im Reich, wo überall unser „Separatismus“ in der Herrn Goebbels geläufigen Form gruselig geschildert wird, der ganze Staatsapparat schreit gegen uns, und zu alle dem sind auch noch alle deutschen Grenzen gegen uns gesperrt. Wer eines unserer Blätter über die Grenze bringt, riskiert seine Freiheit, wird jahrelang eingekerkert und waagt bei der rechtlosen Art des Strafvollzuges sein Leben.

Und diese mit allen Macht und Finanzmittel ausgestattete unerhörte Uebermacht weiß mit uns nicht fertig zu werden.

Der sonst so allmächtig tuende autokratische Führer des Reiches entwürdigt sich zu einer Denunziation gegen uns und an die vom Völkerbund eingesetzte fremde Regierungskommission. Er, der seinen Gegnern das Erschießen androht, fühlt sich gegenüber so in die Enge getrieben, daß er die ausländischen Regierungsbeamten um Hilfe gegen unsere Angriffe flehentlich bittet.

Warum soll die gleichgeschaltete Presse des Saargebietes mehr Würde zeigen als ihr Geldgeber? Seit Tagen schon weiß sie sich keinen anderen Rat mehr, als von der Regierungskommission das Verbot aller Zeitungen der Freiheit und Einheitsfront zu erbetteln. So heruntergekommen ist diese Sorte Journalist, die mit Deutschland nichts mehr zu tun hat, daß sie sich eine freie politische Diskussion nicht mehr vorstellen kann.

Wo die Wahrheit gegen sie aufsteht, ruft die Presse des Herrn Hitler nach der Staatsgewalt, die den gefährlichen Gegner niederschlagen soll. Dabei wird diese Presse so unfähig geleitet, daß die „Saarbrücker Zeitung“ in ihrem heutigen neuen befinnungslosen Wutausbruch den Präsidenten der Regierungskommission vorwirft, er dürfe unverschämte Forderungen, freche Provokationen, ja abgeleitete Schurkereien! Und da wundert sich diese Presse noch, daß ihre Aufsätze bei dem aus einem zivilisierten Lande stammenden Präsidenten Knox nicht die Aufnahme finden, die das Blatt glaubt erwarten zu können.

Es handelt sich noch immer um die ungeklärten Hintergründe des Attentats von Marseille, um die blutige nationalsozialistische Spur, die in diesem Jahre von den politischen Morden in Ankara, Warschau, Berlin und München (30. Juni) über Wien nun bis nach Marseille führt.

So hilflos sind die von uns unermüdet und unbarmherzig Attakierten, daß sie unüberlegt die menschenwürdige Diktatur des Herrn Hitler vergleichen mit kultivierten Regierungen und Staatsmännern in Frankreich und in England, ja mit dem von seinem ganzen Volk in demokratischer Selbstbestimmung geachteten König von England. Auch bei der schärfsten politischen Gegnerschaft wird niemand Regierungen zivilisierter Methoden in Verbindung bringen mit politischen Morden. Der 30. Juni ist ein rein hitlerdeutsches Ereignis und der 25. Juli in Wien ist ein rein hitlerdeutsches Verbrechen.

Diejenigen, die für diese von der ganzen Kulturwelt verabscheuten Ereignisse die Verantwortung tragen, haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn bei neuen politischen Morden naheliegende Fragen auftauchen.

Wir verbitten es uns, die derzeitigen deutschen Gewalttäter, ihre Moral und ihre Taten gleichzusetzen mit unserem deutschen Volke. Wer diese Männer da oben in ihren verfassungswidrigen erschreckenen und angemachten Stellungen belächelt, beleidigt nicht, sondern ehrt das deutsche Volk. Eine „infame Beleidigung der deutschen Bevölkerung des Saargebietes“ ist es, zu behaupten, diese anhängigen deutschen Menschen hätten etwas gemein mit den barbarischen Methoden, die seit dem 30. Januar 1933 das Reich terrorisieren.

Die „Saarbrücker Zeitung“ verlangt von der Regierungskommission, sie solle uns „Verleumdung“ zurechnen. Gerade sie ist dazu legitimiert.

Wenn wir jahrelang die Röhm, Heines, Ernst und Konsorten als Reichsminister, Polizeipräsidenten und hohe nationalsozialistische Würdenträger hant, aber wahrheitsgemäß als das bezichtigten, was sie waren: Päderasten, korumpierte Banditen, Schurke, Folterknechte und Mörder, wie hat und dann diese „Saarbrücker Zeitung“ mit ihrem verblödeten Chefredakteur Dr. Hellbrück genannt?

Lügner, Verleumder, Verbreiter von Greuelmärchen!

Dann nach dem 30. Juni hat der Partei- und Staatsführer Hitler höchst persönlich seine inzwischen von ihm ermordeten nächsten Freunde genau mit denselben Ausdrücken belegt, die wir vorher schon, von unserem Gewissen getrieben, immer wieder gebraucht haben. Wir unterzeichnen uns also von dem inzwischen durch Herrn Goebbels zum moralischen Weichgeber der deutschen Nation beförderten Herrn Hitler und seinen gekauften Journalisten unter anderem darin:

Wir sagten frei heraus, was Hitler und seine Kreaturen so genau wußten wir wir, aber in ihrem unermeßlichen Volkshetzer immer wieder bestritten. Wo also sahen und sahen die Verleumder?

Dieselbe „Saarbrücker Zeitung“ hat im ersten Schrecken über die Schmach des 30. Juni am 6. Juli unter der Überschrift „Vertrauen verpflichtet“ folgenden Appell an die Reichsregierung gerichtet:

„Die deutsche Bevölkerung und auch die Bevölkerung des Saargebietes hat das Vertrauen zur Reichsregierung, daß sie in Staatsnotwehr gehandelt hat, daß also die Konspirationen der Staatsverchwörer so gefährlich und so weitgehend waren, daß dies harte Durchgreifen notwendig und nicht zu umgehen war. Aber wir dürfen keinen Zweifel darüber lassen, daß dieses Vertrauen nun auch der Regierung die Verpflichtung auferlegt, der Bevölkerung die Notwendigkeit dieser Notwehrmaßnahmen verständlich zu machen. . . so . . . wünschen wir, daß eine regierungseitige Verlautbarung die Maßnahmen der Staatsregierung als Notwehr ausweist und das Maß an Schuld, das den einzelnen Beteiligten zugewiesen werden muß, klar erkennen läßt.“

Nie hat die „Saarbrücker Zeitung“ und die übrige gleichgeschaltete Presse darauf eine Antwort bekommen. Nie ist von Herrn Hitler auch nur der leiseste Versuch gemacht worden, die unter „Herr Hitler“ geschehene bestialische Ermordung der Katholikenführer mit irgendeiner Schuld der Opfer zu rechtfertigen. Nie ist Auskunft über die Zahl der Opfer und über ihre Schuld gegeben worden.

Die gleichgeschaltete Presse aber hat geschwiegen, wie sie aus Angst vor ihren Geldgebern und um des Sündenlohnes willen, den ihre Redakteure monatlich einstreichen, geschwiegen hat zu allem, was unter deutsches Volk häßlich und schändet: zu den Folterungen, zu den Selbstmorden

Die Schuld der Nationalsozialisten

Die braune Presse hat gegen uns eine wüste Hege infiziert und unser Verbot verlangt, weil wir es wagten, bei dem Attentat auf Barthou und König Alexander auf gewisse politische Zusammenhänge und recht seltsame „Zusätze“ hinzuweisen. Aber die Wahrheit läßt sich durch Schimpfkanonaden nicht verunsichern und maßgebende ausländische Blätter beginnen ihrerseits diese merkwürdigen Zusammenhänge hervorzuheben, wie aus nachfolgender Meldung hervorgeht:

Paris, 11. Oktober.

Im „Journal des Debats“ schreibt Pierre Veronis: „Um die Mordtat von Marseille zu verstehen, muß man sie in Parallele setzen zu den politischen Morden von internationaler Tragweite, die sich in den letzten Monaten ereignet haben. Systematisch werden die Männer bestraft, die die europäische Ordnung verteidigen und deren Verschwinden, wie man annimmt, dazu beitragen könnte, die europäische Ordnung zu erschüttern. Zuerst war die Ermordung von Duca durch rumänische Nationalsozialisten, die in Verbindung mit Nationalsozialisten aus dem Reich standen. Dann kam die Ermordung von Dollfus durch Mitwirkung der hitlerdeutschen Behörden. Und jetzt sind es König Alexander und Barthou. Zu gleicher Zeit wurde einer unserer besten militärischen Führer das Opfer. Diese Kette von Attentaten, die alle im gleichen Weite angeführt wurden, ist nur zu begreiflich. Die kleine Entente, das unabhängige Oesterreich und Frankreich sind ein Dorn im Auge. Es geht bei diesen Attentaten darum, diejenigen, die die gegenwärtige europäische Ordnung verteidigen, zu schlagen, in der Hoffnung, damit die europäische Ordnung zu stürzen.“

Der Mord ist übrigens in einem gewissen Lande ein fast normales Mittel der Politik geworden. Er wird mit einer Selbstverständlichkeit im Innern ausgeübt. Warum sollte er nicht auch über die Grenzen hinaus ausgeübt werden? Seit Friedensschluss haben die deutschen Nationalisten ihre Lust zum Mord genommen um sich all jener Menschen zu entledigen, die ihnen im Wege stehen. Die Zahl der begangenen Verbrechen seit 15 Jahren ist enorm. Die nationalsozialistischen Mordtaten vom 30. Juni, dieses ungeheuerliche Massaker, dem Nationalsozialisten, Generäle, Katholiken zum Opfer fielen, der 30. Juni, an dem viele Unglückliche auch irrtümlicherweise ermordet wurden, hat gezeigt, daß man in Hitler-Deutschland weit davon entfernt ist, diese Mordmethoden anzunehmen. Im Gegenteil, diese Methoden werden mehr denn je ein Mittel der Regierung. Selbst wenn die Nationalsozialisten gewisse internationale Mordtaten nicht direkt befohlen oder dazu ermutigt haben — sie haben in jedem Fall die Ermordung von Dollfus befohlen — so haben sie doch eine fürchterliche Verantwortung auf sich geladen dadurch, daß sie aus der Politik ein Feld des Mordes gemacht haben.

Diese Situation verlangt größte Wachsamkeit in jedem Augenblick. Sie zeigt, daß die Sicherheit der Völker, die ihre Unabhängigkeit und den allgemeinen Frieden wahren wol-

„Eine unerhörte Taktlosigkeit“

Berlin, 12. Okt. Die Gestapo hat gestern in aller Stille das „8-Uhr-Abendblatt“ konfisziert. Die Ursache der Beschlagnahme ist, wie wir erfahren, ein in dem „8-Uhr-Abendblatt“ unter der Überschrift „Eine unerhörte Taktlosigkeit“ nachgedruckter Artikel aus dem Pariser „Ordre“, in dem das rechtsstehende Pariser Blatt die Tatsache feststellte, daß am Dienstag, dem Tag des Attentats gegen König Alexander und Barthou, sämtliche Börsen Europas eine selbe Tendenz aufwiesen mit Ausnahme der Börse von Berlin, und anschließend daran die Frage stellte, ob man vielleicht in Berlin vorher von dem Attentat gewußt habe. (Nupreh.)

Dies. Berlin, 12. Okt. Das Reichspropagandaministerium hat die Vorführung des Filmdreifens vom Marseiller Attentat aus Gründen des Taktens verboten.

Der griechisch-katholische Erzbischof Lettlands ermordet

Sein Haus in Brand gesteckt

Riga, 12. Okt. Am Spätabend des Donnerstag wurde das Haupt der griechisch-katholischen Kirche Lettlands, Erzbischof Johann Pommer, ermordet. Sodann versuchten die Mörder das Haus durch Brand zu vernichten.

Nur nach Mitternacht wurde die Feuerwehr in den Villenvorort Riga, Waldpark (Kaiserwald), gerufen, wo in dem Hause, das vom Erzbischof allein bewohnt wird, ein Feuer ausgebrochen war. Nach dem Abbläuen des Brandes machte die Feuerwehr eine entsetzliche Entdeckung. In einem abseits gelegenen Zimmer lag gräßlich verblutet, mit Stroh und drei angehobenen Zimmertüren bedeckt, der Leichnam des Erzbischofs. Man stellte fest, daß die Wohnung des Erzbischofs durchwühlt worden war. Es wird vermutet, daß der Mord mit einem Prozeß wegen Unterschlagung von Kirchengeldern zusammenhängt. Dieser Tage sollte die Gerichtsverhandlung in Riga beginnen. Der Erzbischof wollte dabei als Hauptbelastungszeuge auftreten. Der noch unbekannt Mörder ist schlüssig.

In den Gefängniszellen, zu den Stürzen aus den Fenstern, zu den Erschießungen auf der Flucht, zu der Zerstörung von hunderttausend deutschen Arbeiterwohnungen mit ihrem ärmlischen Hausrat, zu der jahrelangen Entfremdung von Schutzgefangenen ohne Verfahren und ohne Schuld, zu den Konzentrationslagern und zu all den ungezählten und ungeschätzten Verbrechen.

Dieses Schweigen geschah und geschieht in genauer Kenntnis der Schandtat, mit den Bildern der Opfer vor Augen. Und eine solche Presse will sich herausnehmen, unser Verbot zu fordern. Eine solche, jeden politischen Massenmörder verherrlichende Journalistik erschreit sich, von fremden Regierungsorganen die Unterdrückung deutscher Kampfzeitungen zu verlangen? Es ist wirklich zum Spieen!

Nach dem 30. Juni hat diese Journalistik heuchlerisch den Stab gebrochen über die Röhm und Heines. Es wird der Tag kommen, wo sie die heute noch von ihnen angebeteten und angeheilten Wöhen nicht anders beurteilen wird als die Röhm und Heines, die bei all ihren Untaten noch kleine Schächer waren im Vergleich zu denen, deren Aburteilung

len, von der Macht der friedliebenden Völker abhängt, die nicht wollen, daß die Zukunft Europas skrupellosen Zerstörern ausgeliefert werde, die aber auch vor gar nichts zurückschrecken. Für diese Nationen heißt die Parole: Einigung. Und es ist zu hoffen, daß jene Völker, die ein Spiel von einem Pol zum andern treiben, in dem Glauben ihr Interesse zu wahren, endlich ihren Irrtum einsehen. Der Frieden ist ein gemeinsames Gut, das gemeinsam verteidigt werden muß. Hoffen wir, daß diese traurigen Ereignisse zur Lehre dienen.“

Die Waffen des Mörders

Paris, 13. Oktober.

Bei dem Mörder sind zwei Schießwaffen gefunden worden. Erstens eine Mauserpistole von 7,63 Millimeter, aus der der Mörder geschossen hat und zweitens ein Revolver System Walthers. Also zwei deutsche Pistolen. Das ist natürlich ein Zufall, nur ein Zufall. Trotzdem wäre es interessant, von den und widderschimpfenden Blättern zu erfahren, wie sie sich die Tatsache erklären, daß der Mörder im Besitz des neuesten Modells der Mauser-Pistole war, das soviel wir wissen, im privaten Handel nicht zu haben ist. Es handelt sich nämlich um eine neuartige Maschinenpistole, die eigentlich sozusagen ein Taschenmaschinengewehr darstellt. Nach einem Druck gibt diese Maschinenpistole ununterbrochen 20 Schüsse nacheinander ab. Von sachverständiger Seite wird behauptet, daß diese Pistole, die eine außerordentlich wirksame Waffe ist, ein großer Stolz und das große Ereignis der Mauser-Fabrik in Oberndorf. Oder mindestens noch vor wenigen Monaten ein Geheimnis war.

Wir können uns schwer vorstellen, daß man ein solches Taschenmaschinengewehr ohne weiteres im Waffenhandel erhalten könnte. Aber selbstverständlich war es nur ein Zufall, daß der Mörder diese fürchterliche Waffe in seine Hände bekommen hat. Die andere Pistole, die der Mörder in der Tasche trug, war, wie bereits gesagt, eine Walthers-Pistole. Bekanntlich ist die Schusspatrone zur Hauptpatrone mit der Waltherspistole ausgerüstet. Bekannt ist auch, daß die Firma Walthers diese Pistole als besonders geeignet für die SM, und ES, zum Verkauf angeboten hat.

Paris, 12. Okt. Wie dem „Matin“ aus Marseille berichtet wird, war der Mörder des Königs von Siam außerordentlich schwer bewaffnet. Man fand bei ihm eine Mauser-Maschinenpistole, Kal. 7,63, 1240 Gramm schwer, 25,8 Zentimeter lang, bei der Ladestrichen von 10 oder 20 Kugeln Verwendung finden; ferner eine Walthers-Pistole, Kal. 7,63, und schließlich eine Bombe, deren Herkunft nicht festzustellen ist. Sie enthält etwa 80 Gramm Schießpulver. Es ist eine Bombe, wie sie Anarchisten gewöhnlich nicht besitzen, sondern wie sie im Kriege Verwendung findet. An Patronen befand Kalomen zwei vollständige Ladestrichen für die Mauser und sechs Ladestrichen zu neun Schuss für die Walthers-Pistole.

Die Helfershelfer des Mörders

Dies. Paris, 12. Okt. Die beiden in Annemasse verhafteten Helfershelfer des Marseiller Verbrechens haben zugegeben, daß sie mit Kalomen in Marseille waren und daß sie den Auftrag hatten, in Paris einen zweiten Anschlag zu verüben, wenn der erste fehlschlagen sollte. — Im Zusammenhang mit der Tat von Marseille wurden 12 Siamen verhaftet.

Der neue russische Botschafter in Berlin

Berlin, 12. Okt. Als Nachfolger für den bisherigen sowjetischen Botschafter bei der Reichsregierung, Ghintichur, trat heute um 8 Uhr der neuernannte Botschafter der Sowjetunion in Berlin, Surin, auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein. In seiner Begrüßung war von sowjetischer Seite sah das gesamte Personal der Botschaft der Sowjetunion erschienen. Von deutscher Seite hielten der Chef des Protokolls v. Bassow, sowie Legationssekretär Pfeiderer den neuen Leiter der Botschaft Sowjetrußlands und seine Gattin herzlich willkommen.

Das Neueste

In Plymouth kam es am Donnerstagabend bei einer Falschhunderversammlung, an der 10 000 Personen teilnahmen, zu Aufrührungen. Zwei Schwarzhäuten versuchten Neben zu halten, wurden aber unaufhörlich unterbrochen. Nach einer halben Stunde brach unter den Zuschauern eine wilde Schlägerei aus. Die Versammlung wurde bei allgemeinem Durcheinander geschlossen. Polizeiverstärkungen trafen bald an Ort und Stelle ein und nahmen Verhaftungen vor, von denen fünf aufrechterhalten wurden. Ein Mann wurde schwer verletzt in ein Krankenhaus gebracht.

Einer Meldung des „Daily Herald“ aus Canberra zufolge soll auf Grund eines Befehls der australischen Bundesregierung am Donnerstag ein japanisches Frachtschiff an der Küste von New Guinea innerhalb der britischen Zone angehalten und die Besatzung von 25 Mann verhaftet worden sein. „Daily Herald“ sagt, die Maßnahmen stünde mit dem vor einigen Tagen gemeldeten Ueberfall auf die Insel Haganstone in der Torresstraße zusammen, bei dem japanische Seelen die Landungsstege zerstörten, Häuser geplündert und Kaktusplantagen in Brand gesetzt haben sollen.

und Vernichtung als hohe geschichtliche Aufgabe noch vor dem deutschen Volke steht.

Recht lange glaubten uns die Gleichgeschalteten von oben herab behandeln zu können. Sie vertrauten darauf, daß der Terror und der Boykott unsere Zeitungen von den Mitglieðern der „deutschen Front“ fernhalten würden. Das ist mißlungen.

Erst versuchte man es mit lahmen hochfabrenden Erwidern. Ihre eigenen Leser dürften den Redaktionen beigebracht haben, daß es damit nicht weiter geht. Aber was tun, wenn alle Kräfte gegen die Wahrheit nicht helfen? Nun schreit man zur Regierungskommission hinaus: Verboten! Verboten! Verboten!

Nögen die Knechte Hitlers und die Feinde eines freien Deutschlands um Rettung rufen, bei wem und wie oft sie wollen. Es gibt für uns keinen Rückzug und für sie keine Schonung.

Wir greifen an! Und was immer man mit Recht oder Unrecht uns vorwerfen mag: Furcht kennt die „Deutsche Freiheit“ nicht!

Ein freudiges Ereignis

Bei Hofer freres

Beim Verlag Hofer freres, Saarbrücken, herrscht große Freude. Man will dort einen „Saarländer“ herausbringen. Nun hat sich die Verlagsleitung den Kopf darüber zerbrochen, wie man aus diesem Saarländer ein gutes Geschäft machen können — selbstverständlich im „nationalen“ Interesse. Man kam auf die geniale Idee, „Ihn“ höchstpersönlich um ein Geleitwort zu bitten. Und siehe da! Der vielbeschäftigte, um seine Saarländer sehr besorgte „Oberste Gerichtsherr“ hat wirklich für Hofer freres ein Geleitwort geschrieben. Nun ist das Geschäft gesichert und den Aktionären der Hofer freres winken entsprechend dem Grundriss „Gemeinnutze geht vor Eigennutze“ hohe Dividenden.

In dem Geleitwort zum „Saarländer“, das der Abstimmungspropaganda dienen soll, wird natürlich an die „verruhten“ 14 Jahre erinnert (auf andere neue Gedanken kommt Hitler nicht mehr) und zum Schluss heißt es:

„Wenn aber nun die Stunde kommt, da ihr zurückkehrt, werden wir dafür auch in Euch nichts anderes sehen, als Deutsche, denen wir die Hand reichen zum Eintritt ins deutsche Vaterhaus!“

Das ist alles, d. h. nichts als dröhnende Worte, und leeres Gerede, sowie Appell an die Tränenröhren höherer Weiber. Wir vermischen dagegen im Geleitwort die Mitteilung, wo im Saargebiet Konzentrationslager errichtet und wie viele Saarländer, die nicht für Hitler sind, auf der „Klucht erschossen“, d. h. ohne Gerichtsverfahren erschlagen werden sollen. Schade! Diese Angaben würden das Bild über die Zukunft der Saar abrunden.

Wir bekennen uns alle zu Deutschland. Aber wir sind der Ansicht, daß dieser Mann, der vor drei Jahren noch nicht einmal deutscher Staatsangehöriger war, nicht Deutschland repräsentiert, sondern im Gegenteil Deutschland vergewaltigt. Um Deutschland von dem land- und wesenfremden Gewächs des Nationalsozialismus zu befreien, muß deshalb Hitler an der Saar geschlagen werden.

Die Saar im „Kulturverein“

Was alles für die Rettung des Saarlandes getan wird

Streichers „Frankische Tageszeitung“ berichtet über einen „Großen Variete und Theaterabend der Ortsgruppe Steinbühl“. Der große Saal des Kulturvereins war am Sonntagabend bis auf den letzten Platz besetzt. Die Ortsgruppe Steinbühl der NSDAP hatte ihre Mitglieder und Freunde zu einem großen Variete- und Theaterabend eingeladen. Nach flotten Seiten der Ortsgruppenkapelle, die den ganzen musikalischen Teil des Abends bestritt und nach original oberbayerischer Volksmusik, von einem Trachtenverein vorgetragen, begrüßte Ortsgruppenleiter und Stadtrat Pa. Dahler die Erschienenen und dankte für den außerordentlich zahlreichen Besuch besonders durch die Kriegsveteranen und die Frauenhaft. Als erster Glanzpunkt muß die Kamille Carlson in ihren musikalischen Spielen bezeichnet werden. Dann folgte Salern „Der zaubernde Unterhaltende“, er verlegte das Publikum mit seinen verblüffenden Experimenten eine Viertelstunde lang in Erstaunen. Zum Schluss zeigte er eine herrliche Scherenschnittarbeit, auf der die Worte „Deutsch die Saar immerdar!“ zu lesen waren. Dann kam der Nürnberger Mundartdichter M. Pauer. Er trug eigene lustige Mundartdichtungen vor, die das Publikum von einer Lachsalbe in die andere verfallen ließ und ihn zu mehreren Treingängen zwangen. Nach der Pause, die von der Ortsgruppenkapelle, einem für die Kürze der Zeit, seit er befehligt, recht ansehnlichen Mannespaar, mit schneidenden Mänteln ausgefüllt wurde, folgte ein außerordentlich lustiger und von komischen Situationen streuender Militärschwanz „In Zivil“, der vor allem auch dadurch wohlwollend wirkte, daß er nicht die die meisten derartigen Stücke eigentlich nur eine Versuchsschmuckung unseres Volkstheateres war. Die originellste und beste Figur war jedoch der Burke des Obersten, Fritz (Ewald Birck). Reicher Reifall belohnte die Künstler. Die Schlussnummer war nochmal ein Glanzpunkt, die „Zwei Darrionen“, ganz hervorragende Parodie auf den mit wahrhaft klassischer Körperform.

Wenn man bedenkt, daß für diese umfangreiche und wirklich unterhaltende Veranstaltung der Preis von 20 Pa. zu bezahlen war, so kann man nur sagen: „So etwas ist auch erst dem Nationalsozialismus möglich geworden.“

In der Tat: Nur im Nationalsozialismus ist so etwas als Kulturverein möglich.

„Wartet nur bis 1935.“

Aus Saarlouis wird uns geschrieben:

Vor der detachierten Strafkammer standen zwei typische Terrorkfälle zur Verhandlung. Der Kaufmann D. H. aus Saarbrücken, der sich auf einer Geschäftsreise in Ralsbach befand, kam in die Wirtschaft Spurr, wobei die Reisende Rosalie P. aus Dillingen ihre Waren zum Kauf anbot. Ohne jegliche Veranlassung schimpfte es an die Verkäuferin und schließlich auch auf die, die bei Juden kaufen. Natürlich fehlte die Drohung nicht: „Wartet nur bis 1935, dann müssen die Juden alle hinaus.“ Die Reisende, die einer alleingelassenen jüdischen Kaufmannsfamilie in Dillingen entstammt, verließ das ungemütliche Lokal, um weiteren Anfeindungen aus dem Wege zu gehen, aber H. hatte seinem arischen Metzger noch nicht genug Luft gemacht; er verfolgte die eingeschüchterte Dame bis in die Straßenbahn. Dort setzte er seine Schimpfkanonade in noch größerem Ausmaß fort. Schließlich nahm sich ein Schaffner der Sache an und in Dillingen gelang es mit Hilfe der Polizei, den Namen des Helden herauszubekommen. Vor Gericht schäufte er legerweise seine angeblich totale Trunkenheit vor. Er will sich kaum des Vorgesangs erinnern können. Durch einwandfreie Zeugenaussagen wurde sein damaliges Benehmen festgestellt. Der Staatsanwalt behauptete ihn obendrein eines anderen und beantragte wegen öffentlicher Beleidigung 3 Wochen Gefängnis und wegen Vergehens gegen Artikel 11 der Verordnung der Regierungskommission vom 20. 11. 1933 einen Monat Gefängnis, die auf eine Gesamtstrafe von sechs Wochen zusammenzusetzen seien. Das Gericht stieg bei der Urteilsfindung infolge der schweren Verbrechen über den Antrag hinaus und setzte zwei Monate Gefängnis fest, wobei die Tragung der Kosten des Verfahrens, der Beleidigten wurde außerdem das Recht zugesprochen, den erkennenden Teil des Urteils auf Kosten des Angeklagten an der Gemeindefiskus in Dillingen auf die Dauer von einer Woche bekanntzugeben.

Katholikenverfolgung und Hitlers Ehrenwort

Am 27. Juni hat der Reichshauptkammerpräsident Adolf Hitler mehreren katholischen Bischöfen sein Wort gegeben, daß er die neuheidnische Bewegung unterdrücken werde. Drei Tage später wurden bekannte Katholikenführer unter „Heil Hitler!“ ermordet und eingesperrt.

Auch sonst hält Hitler sein Wort so, wie man es bei ihm gewohnt ist.

Das merkt sogar die früher katholische „Landeszeitung“ in Saarbrücken. Sie klagt in ihrer Nr. 271:

Um die so notwendige Befriedigung unseres Volkes auf kulturellem Gebiete würde es wesentlich besser, wenn einmal durch ein Gesetz jeder mit ernster Strafe bedroht würde, der öffentlich gegen religiöse Lehren und Einrichtungen polemisiert, die er nachweislich nicht kennt. Gerade solche grundlosen, auf Unwissenheit beruhenden Angriffe erzeugen immer wieder tiefergehende Erbitterung und hindern die Verwirklichung des großen Gedankens der Volksgemeinschaft. In diesem Hinweisse veranlassen uns mehrere Vorkommnisse aus jüngerer Zeit, von denen hier zwei charakteristische Beispiele angeführt seien.

Nach einem Berichte der „Zühmer Zeitung“ (25. Entina) über einen Mitgliederappell der NSDAP, erklärte ein Redner:

„Wir haben immer noch die Arbeit, den Tied der letzten 14 Jahre abzuschütteln, aber wir werden auch diese Aufgabe schaffen. Wir kämpfen gegen die verhassten Feinde, gegen das Judentum, gegen Freimaurer und Marxisten, gegen die Reaktion; unser größter Feind ist aber die katholische Kirche. Man darf bei letzterem nicht den katholischen Glauben oder die katholische Kirche dabei im Auge haben, nein, weit gefehlt, es handelt sich um diejenigen, die immer wieder ihre Politik machen wollen und dabei ihre Aufgabe, die Seelsorge, vergessen und schließlich nur noch bei der Politik, die sie nichts angeht, hängen bleiben.“

Sollte man es für möglich halten, daß ein so verantwortlicher Stelle stehender Mann heute immer noch nicht weiß, was die „Katholische Aktion“ ist und will? Sie ist doch von autoritativer Seite grundsätzlich so eindeutig umschrieben und in amtlichen programmatischen Kundgebungen so eingehend erläutert worden, daß gar keine Zweifel über ihr Wesen und ihre Ziele bestehen können. Vor allem herrscht völlige Klarheit darüber, daß sie nicht das Geringste mit Politik zu tun hat, sondern sich streng im Rahmen rein religiöser Aufgaben hält. Eine solche ausschließlich religiöse, von der deutschen Regierung anerkannte Einrichtung aus Unkennt-

nis (wir nehmen Unkenntnis an!) öffentlich als „größten Feind“ zu bezeichnen, bedeutet gerade in der gegenwärtigen Zeit eine Leichtfertigkeit, die mehr als nur bedauerlich ist.

Die „Deutsche Metallarbeiterzeitung“, die von vielen gläubigen katholischen Arbeitern pflanzgemäß gehalten wird, bringt in ihrer Nummer 34 einen Aufsatz über „Die Frau und Mutter im vorchristlichen Germanien“, der neben anderen Vorarbeiten auch folgenden religionsgeschichtlichen Tiefpunkt bietet:

„Die ewige Mutter Natur ist der große und einzige Gott. Obwohl nun das Christentum den Mutter-Natur-Gott entthronte und an seine Stelle den Vater-Weiß-Gott setzte, holte sich doch die menschliche Seele im Bilde der Maria mit dem Kinde die Muttergotttheit als die naturbedingte Weltaltersverehrung zurück, und es ist bekannt, welchen Vorrang diese Verehrung heute noch in der katholischen Kirche gegenüber dem Gottesgedanken einnimmt.“

Wenn der Verfasser die Natur als einzigen Gott betrachtet, so mag er das tun. Aber es ist ein Unfug, ihm zu gestatten, daß er seine durchaus unmaßgebliche Privatmeinung in einem wirtschaftlichen Fachblatt und Pflanzorgan den christlichen Lesern aufbringt. Ein noch größerer Unfug ist es, daß er diesen Lesern solche Albernheiten über die katholische Marienverehrung vortragen darf, von deren Weisheit er offenbar keine Ahnung hat.

„Unfug — noch größerer Unfug!“ So regt sich die „Landeszeitung“ auf.

Der größte Unfug aber ist, daß das Blatt seinen Lesern einreden will, die Katholikenverfolgung der landläufigen Nazis geschehe aus Unkenntnis. Nein, sie geschieht aus dem rohen, grob materialistischen Blutwahn, den Hitlers Axtelbildung in seinem Schundbuche „Mein Kampf“ predigt.

„Sollte man es für möglich halten“, daß jemand nach der Lektüre dieses Nachwerks glauben kann, Hitler wolle und könne die katholische Kirche ernstlich tolerieren?

Nicht einmal kritisch ausgewählte Zitate, wie oben, wird sich die „Landeszeitung“ noch erlauben dürfen, wenn die Nazis Herren über das Saargebiet werden sollten.

Die betrogene Saar

Wann wird Schacht zahlen?

Als es sich herausstellte, daß infolge der betrügerischen Manipulationen des Dr. Schacht in der Pariser Verrechnungskasse ein erhebliches Defizit vorlag, veröffentlichte die „Saarbrücker Zeitung“ ihren bekannten expressiven Artikel. Darin hat das braune Blatt den Spieß umgedreht und die Schuld dafür, daß die Saarunternehmer für ihre Waren keine Gelder aus dem „dritten Reich“ bekommen, den Franzosen in die Schuhe geschoben. Nachdem auf diese eigenartige Art die Öffentlichkeit an der Saar „bearbeitet“ wurde, begab sich eine Delegation aus Vertretern der braunen Unternehmer zur Regierungskommission. Dort hat man sich mit Recht über den gegenwärtigen untragbaren Zustand beschwert, aber gleichzeitig die Regierungskommission ersucht, in Paris vorstellig zu werden, damit die Franzosen den Saarunternehmern das Geld bezahlen, das ihnen Dr. Schacht schuldet. Wie wir hören, hat man aber den Herren braunen Unternehmern zu verstehen gegeben, daß sie sich an eine solche Adresse gewandt haben. Wenn ihnen Schacht Geld schuldet und nicht bezahlt, so müssen sie schon, wenn sie sich überhaupt beschweren wollen, sich an ihren Schacht wenden.

Nachdem die Delegation der braunen Wirtschaftsveterane eingereicht hatte, daß ihre expressiven Versuche keinen Erfolg hatten, blieb den Leuten nichts anderes übrig, als sich nach Berlin zu wenden. Mitte dieser Woche ist tatsächlich auch eine Delegation aus Vertretern der braunen Saarwirtschaft nach Berlin abgereist, um dort mit den maßgebenden Stellen über die Freigabe der im Reich eingetroffenen Millionen zu verhandeln. Es hat sich hierbei herausgestellt, daß nicht nur seit Abschluß des Handelsvertrages ein Fehlbetrag in der Verrechnungskasse vorhanden ist, sondern daß darüber hinaus das Reich noch viele Millionen für Waren schuldet, die seit Juni, also zwei Monate vor Inkrafttreten des Clearingverfahrens, hätten bezahlt werden müssen. Es soll sich hierbei um die ganz nette und runde Summe von 60 Millionen Franken handeln, die das Reich immer noch nicht bezahlt hat. Es ist möglich, daß Schacht, um die Saardelegierten nicht allzu sehr zu veräppeln, ihnen ein paar Groschen verspricht,

worüber naturgemäß die braunen Untertanen außerordentlich begeistert sein werden.

Es muß aber doch zu der ganzen Affäre ein ernstes Wort gesagt werden. In den letzten Monaten hat sich der deutsch-saarländische Handelsverkehr zweifellos vergrößert. Wir haben immer gesagt, daß die zahlreichen Beschlagnahmen, die in letzter Zeit nach der Saar aufgegeben wurden, auf politische Erwägungen zurückzuführen sind. Man will eben bei der Saarerbevölkerung unmittelbar vor der Abkündigung den falschen Eindruck erwecken, als ob wirklich das Diktatorreich für Saarerzeugnisse voll und ganz ausnahmslos sei. Jetzt haben sich aber diese Beschlagnahmen als glatter Schwindel entpuppt, was, wie wir offen zugeben müssen, selbst wir nicht vorantsehen haben. Denn wahrlich, wir konnten nicht auf den Gedanken kommen, daß das „dritte Reich“ an der Saar nur drauflos bestellt mit der Absicht, die Warenlieferungen nicht zu bezahlen. Wir haben uns zwar an solche Manipulationen des Herrn Schacht gegenüber dem Auslande gewöhnt, aber wir hatten nicht angenommen, daß dieses Verfahren auch gegenüber den „teuren Brüdern an der Saar“ angewandt wird, die bekanntlich so „kurzbar“ unter der „Fremdherrschaft“ zu leiden haben. Allein Aufträge zu erteilen, ist kein Kunststück. Man muß die Beschlagnahmen bekanntlich auch bezahlen. Das ist im kaufmännischen Leben so üblich, nicht aber bei den nationalsozialistischen Helden.

So bleibt die Saar die betrogene. Die Gelder für die Warenschulden kommen nicht herein, und zahlreiche Unternehmungen haben dadurch mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen. Wenn das so weiter gehen wird, dann werden viele tausende Angestellte und Arbeiter aus dem einfachen Grunde ihre Stellung verlieren, weil durch die betrügerischen Manipulationen des „dritten Reichs“ keine Gelder für Löhne da sein werden. Es wird wirklich höchste Zeit, daß die Regierungskommission sich mit dieser Sache beschäftigt, aber nicht so, wie es sich die braunen Unternehmer vorstellen, sondern daß die Herren in Berlin an ihre Pflichten gegenüber der Saar erinnert werden.

Zwelerlei Maß

Im Juni des Jahres konnte das „Saarbrücker Abendblatt“ einmal wieder mit einem Schmach- und Lügen-Artikel aufwarten. Das der braunen Front wahrhaft zur Ehre gereichende Blatt wußte von „sensationalen Enthüllungen“ und dem „baldigen Zusammenbruch der Freiheitstront“ zu berichten. Die betreffende Nummer, gedruckt wie eine gewöhnliche Ausgabe der Zeitung, wurde in abertausenden hergestellt und auf die Straße geworfen.

Auch antihitlerische Blätter haben versucht, deraufliehenden Zornernummer, durch die Wortschleife des „dritten Reichs“ veranlaßt, herauszugeben. Solch ein frevelhaftes Beginnen hätte aber stets das Einschreiten der fast völlig gleichgeschalteten Landrägerlei zur Folge. Es gab Verhandlungen wegen „verbotenen Flugblattverteilens“ ohne Ende. Anders aber, wenn die Nazis sind.

Die Gerichte haben sich mit einem Fall zu beschäftigen, der sich in Erbsheim zugetragen hat. Dort hat sich wirklich noch ein Landräger gefunden, der die unredlichste die oben beschriebene Nummer des „Abendblattes“ verteilende Frau Walter am 15. Juni festsetzte und zur Anzeige bringen ließ. Dem lächerlichen Mann dürfte durch seine Erfahrungen in-

zwischen die Fust vergangen sein. Die erste Instanz vor dem Schöffengericht brachte Frau Thelma Walter und dem mit ihr wegen des gleichen Deliktes angeklagten Kaufmann Georg Rauch einen Freispruch auf Kosten der Landeskasse. Der Amtsanwalt legte Berufung ein, und nun hat auch die zweite Instanz die Angeklagten natürlich ebenfalls freigesprochen.

Der Fall Herz

In Ergänzung zu unserer gestrigen Mitteilung über die Zahlungsschwierigkeiten der Firma M. Herz Söhne, erfahren wir, daß nach sehr ausgedehnten Verhandlungen zwischen dem Gläubigerausschuß und dem Schuldnervertreter ein vorläufiges Abkommen zuhandgekommen ist, wonach die nach Frankreich verbrachten Waren zusätzlich eines größeren Geldbetrags zur Verfügung der Gläubiger gestellt werden. Der Gläubigerausschuß wird den Gläubigern den Beitritt zu dieser Vereinbarung empfehlen. Es ist danach anzunehmen, daß die Verhandlung des Konkursverfahrens und die schlimmen Folgen, die man durch die Manipulationen der Brüder Herz für die Gläubiger erwartet hat, vermieden werden.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit

Die Korruption der Hitlerbonzen und die Furcht vor den Emigranten

Ein Bericht des braunen Systems, die Große Strafkammer in Münster, hat den moralischen Zusammenbruch des Systems feierlich festgestellt. Vor der Großen Strafkammer hatten sich der ehemalige Bezirksleiter der NSD, des Gaues Westfalen, Walter Nagel, der frühere Gaubezirkszellenobmann Adolf Uhle, der frühere Abteilungsleiter bei der obersten Leitung der PD, der NSDAP, August Montek, der frühere Gaubetriebszellenkassenwart Erich Nagel, der frühere Kreisleiter der NSD, Wilhelm Klemens, der frühere Amtswalter Kaver Bühl wegen Unterschlagung, Vermögensaneignung und Untreue zu verantworten. Der Vertreter der Anklage, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Eitenburg, stellte nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses den Antrag, wegen Gefährdung der Staatsicherheit die Öffentlichkeit für den ganzen Prozeß auszuschließen. Das Gericht — so berichtet die Systempresse — habe nichts zu verschleiern, aber man habe die Erfahrung gemacht, daß derartige Verhandlungen von Emigranten und sonstigen Elementen ausgeschaltet werden.

um gegen das nationalsozialistische Deutschland im Ausland Stimmung zu machen. Das Staatsinteresse müsse allen anderen Erwägungen vorangestellt werden.

Das Gericht entsprach diesem Antrag und schloß die Öffentlichkeit und auch die Presse während der ganzen Verhandlungsdauer aus.

So enthüllend der Ausschluß der Öffentlichkeit in diesem Prozeß ist, so wird er doch noch übertroffen von der Begründung. Sie fürchten die Berichterstattung der „Emigrantenpresse“. Sie wissen gar nicht, welches Verständnis sie damit abgelegt haben.

Sie gestehen, daß die Tätigkeit der Emigranten, ihre Berichterstattung aus Deutschland und ihre Publikationen heute die einzige öffentliche Meinung über deutsche Zustände, die einzige Möglichkeit der öffentlichen demokratischen Kontrolle des braunen Systems darstellen.

Die ungeheure Bedeutung der politischen und publizistischen Tätigkeit der Emigranten wird durch den Gerichtsbeschluss von Münster unterstrichen.

Es ist ein stinkender Sumpf von Korruption! Wir veröffentlichen in dieser Nummer als kleine Stichprobe aus einem händestarken Material eine Liste, die erkennen läßt, wie die Fäulnis um sich greift. Korruption als Massenerscheinung hier, Furcht des Systems vor öffentlicher Kritik da — auf solcher Grundlage ruht das tausendjährige Reich Hitlers!

Und — Partei und Staat sind eins!

47. Pa. Walter Schmidt wurde NSD-Kreisleiter im Gesamtverband der Arbeiter der öffentlichen Betriebe in Oibernhau. Obwohl bekannt war, daß er Gegenstände aus dem mütterlichen Lederwarengeschäft entwendete und verkauft hatte und den Erlös mit Weibern verprasste, Anstellung. Muhte bald entlassen werden, weil Kasse nicht stimmte.

48. Pa. Meinhild, Totschläger und Nazi-Größe in Oibernhau, wegen Verleitung zum Meineid ein Jahr Zuchthaus!

49. Pa. Scheidt, Nazi-Kreisfinanzwart im Gesamtverband der öffentlichen Betriebe Flauen i. S., wurde flüchtig nach Unterschlagung von 5500,— RM, darunter Kirchengelder und Gelder der Ortsgruppe Pöhl.

50. Pa. Sandner, Kreisfinanzwart im Textilarbeiterverband Flauen, Aufnahmegebühren und Beiträge in Höhe von 800,— RM, unterschlagen.

51. Pa. Strunz, NSD-Kreisleiter, wurde 2. Direktor im Arbeitsamt Flauen, wurde nach achtwöchigem Krankenurlaub entlassen, weil er von der Ortskrankenkasse 5000,— Reichsmark für die Arbeitsfront borgte, und dafür ein Auto kaufte. Dies soll ohne Wissen der Arbeitsfront geschehen sein.

52. Pa. Schlegel, Nazi-Kantinenverwalter im Schrebergartenverein „Frühling“, Zwickau-Schönbach, nach Vertreibung von 200,— RM flüchtig.

53. Pa. Schulze wurde Schlegels Nachfolger, im Frühjahr 1934 wurde auch dieser nach Unterschlagung von 1000,— Reichsmark flüchtig. Vereinsführer suchte zu verhaften.

54. Pa. Delang wurde Kreisleiter der NSDAP, Dippoldiswalde, obwohl er bereits wegen Diebstahl mit drei Monaten Gefängnis vorbestraft war. Hat jetzt als Kreisleiter Sammelbüchsen geöffnet und Beträge unterschlagen.

55. Pa. Uhlmann, Schmiedeburg, SA-Scharführer, wegen Unterschlagung von 200,— RM, aus SA ausgeschlossen. Wurde nach kurzer Zeit Oberführer in Dippoldiswalde, wo man bald das Fehlen der Arbeitsfrontanzugelder des Bezirkes Dippoldiswalde feststellen konnte.

56. Pa. Schmidt jun., Amtswalter der DAF, — Wdt. Papierverarbeitung — Wurzen, fristlos entlassen wegen Unterschlagung von 2000,— RM, erhielt ein Jahr Zuchthaus, sein Vater wegen Beteiligung sechs Monate.

57. Pa. Reinhardt, Amtswalter im Gesamtverband der Arbeiter der öffentlichen Betriebe in Wurzen, alter Kämpfer und Nazi-Stadtverordneter, zirka 5000,— RM, unterschlagen.

58. Pa. Ufer, Beitragskassierer und Amtswalter im Heimarbeit- und Hausangestelltenverband Wurzen, zirka 7000 Reichsmark unterschlagen.

59. Pa. Rommwald, Beitragskassierer im Gesamtverband Wurzen, 400,— RM, unterschlagen.

60. Pa. Jüngel, Amtswalter im Zimmererverband Wurzen, 500,— RM, unterschlagen.

61. Pa. Franke, Vertrauensratobmann auf Schichtanlage Brüdnersberg, Zwickau, 600,— RM, Naziabzweigelder unterschlagen.

62. Pa. Rittler, 1. Stellv. des Vertrauensratobmannes auf dem Tiefbauamt Zwickau, hat Gelder für Arbeitsfrontanzugelder und Naziabzweigelder in Höhe von 300,— RM, unterschlagen.

63. Pa. Dederl, 1. Stellvertreter des Vertrauensratobmannes im jüdischen Kaufhaus Schoden in Zwickau, hat als Sekretär der Einkaufszentrale zirka 9000,— RM, unterschlagen.

64. Pa. Kunz, Kassierer in der Kreisbetriebsgemeinschaft Eisen und Metall in Zwickau, hat 600,— RM, unterschlagen.

65. Pa. Jähnichen, Ortsgruppenleiter Zwickau-Nord, hat einflussreiche Gelder in Höhe von 165,— RM, unterschlagen.

66. Der alte Kämpfer und Pa. Dietel in Oibernhau-Niederneuschönberg, Kassierer im Fabrikarbeiterverband, hat Gelder unterschlagen. Unterschleife wurde dadurch bemerkt, daß bei einer plötzlichen Arbeitslosigkeit in der Händeholzfabrik Carl Meyer die Arbeiterinnen Stellenlosunterstützung beantragten. Nun waren von Dietel anstatt der hohen Wochenbeiträge nur Marken von 10 Pf. wöchentlich verwendet worden. Der Bezirksleiter und Ortsleiter der DAF, verurteilten die Arbeiterinnen, sie sollten dem Dietel die Ehre nicht abhandeln usw., sie bekämen schon Unterstützung. Im Orte geht das Gespräch davon, ferner, daß sich Dietel, um der Verantwortung sich zur Zeit zu entziehen, sich in ein Krankenhaus hat unterbringen lassen. Dieses Städtgespräch der Unterschlagung wird mit folgender Anzeige im hiesigen „General-Anzeiger“ geahndet:

Warnung! Gehe hierdurch bekannt, daß ich jeden gerichtlich belangende, der die unwahren Gerüchte über meinen Mann, der zur Zeit im Krankenhaus liegt, verbreitet.

Hedene Dietel, Niederneuschönberg 108.

Vielleicht reden der Kreis- und Ortsgruppenleiter unter einer Deck mit dem Dietel.

67. Ein Beauftragter der DAF, im Bezirk Oibernhau-Marienbergr, namens Bauer, hat die anlässlich des Besuches von 1000 Pommern im hiesigen Bezirk eingesammelten Teilnehmergebühren von 17000,— RM, unterschlagen und wurde flüchtig. Er wurde verhaftet und erhängte sich in der Amtsgerichtsgefängnis in Marienbergr i. G.

68. Der Freiheitskämpfersporteur Kempe in Oibernhau, ein alter Pa. und Kämpfer, unterschlug 1100,— RM, Abonnementgebühren. Seine untlage Tat wurde amnestiert!

69. Die Ehefrau des Brauereigeschäftsführers und Tochter des Oberfeldzeugmeisters Schreiter in Oibernhau, Frau Dora Buchheim, unterschlug 380,— RM, Eintritts- und Mitgliedsgebühren des NSD.

70. Kreisleiter Böhm der NSDAP, Freibergr wurde nach Vertreibung von 48000,— RM, zum Parteitag in Rürndergr verhaftet.

Das ist die Sauberkeit des öffentlichen Lebens, die das braune System über Deutschland gebracht hat.

Ehrenliste aus dem „dritten Reich“

1. Nazigeschäftsführer Hann im Warenkaufverein Baugen, Adjutant beim Sturmabteilung 1193, im Mai 1934 fristlos entlassen: 720,— RM, Gehaltsvorschuß, 120,— RM, Warenaufschuß, zu reichlicher Diätenbezugs.

2. Kreisleiter Kilant vom Gesamtverband der Arbeiter der öffentlichen Betriebe Baugen, im April 1934 fristlos entlassen: Unrechtmäßiger hoher Diätenbezugs.

3. Kreisleiter Kilant (Ehrender des unter 2. genannten) vom Landarbeiterverband Baugen im Mai 1934 fristlos entlassen, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

4. Ständartenführer Gledner (103), Baugen, in Schubhaft wegen Unterschlagung.

5. Ständarten-Spielzeugführer Stiebig (103), Baugen, in Schubhaft wegen Unterschlagung von über 1000,— RM, Spielgeldern für öffentliche Konzerte.

6. SS-Sturmführer Berger, Baugen, in Schubhaft wegen Unterschlagung von Geldern der NS-Volkswohlfahrt.

7. Platzkassierer Müller des Steinarbeiterverbandes in Demnitz-Thumitz unterschlägt die Beiträge von zirka 25 Mitgliedern vom Mai 1933 bis 1934, insgesamt 1000,— Reichsmark.

8. Nazi-Angestellter Bergelt im DMV, Chemnitz (zirka 25 Jahre alt): Schubhaft wegen Unterschlagung von 1875,— RM. Bergelt soll vordem bereits einmal unterschlagen haben.

9. Nazikassierer Wolf vom DMV, und Angestelltenverband in Grunab, Chemnitz hat sich wenige Stunden vor der Revision erschossen. Grund: Unterschlagung von Verbandsgeldern.

10. Nazikassierer Merkel vom Gesamtverband der Arbeiter der öffentlichen Betriebe Chemnitz im Juli 1933 825,— RM, Fehlbetrag.

11. Kreisleiter Groine von der NSDAP, Döbeln wurde wegen Ehrbruch mit Frauen seiner Kameraden (in einem Falle ist Scheidung erfolgt) und nachlässigen Vorgehens strafverurteilt, später aber aus der SA, und NSDAP, ausgeschlossen. Die hierfür benötigten hohen Beträge entnahm er der NS-Volkswohlfahrt.

12. Nazi-Stadtrat Damme, Döbeln, zirka 25 Jahre alt, verfügte über Verhaftung und Dauer der Schubhaft, muhte wegen Beteiligung an den Unterschlagungen von Groine (Fall 11) seine öffentlichen Ämter niederlegen und wurde später aus der SA, ausgeschlossen.

13. Nazi-Stadtrat Wegner, Döbeln, war ebenfalls beteiligt und muhte ebenfalls seine öffentlichen Ämter niederlegen.

14. Nazi-Stadtverordneter Brauer, Döbeln, betrieb in seinem Textilwarengeschäft auch den Verkauf von SA-Uniformen und Anordnungen für den Gau Döbeln. Um seine persönlichen Schwierigkeiten zu beheben, ließ er sich von seinen SA-Kameraden für jeden Mantel 3,— RM, mehr geben, als vorgeschrieben waren. Er soll so zirka 3000 Mäntel verkauft und damit 9000,— RM, ergaunert haben. Er muhte auf Grund der Empörung sein Mandat niederlegen.

15. Pa. Bahnen, Bezirksleiter im Hausangestellten- und Heimarbeiterverband Dresden, im Januar 1934 fristlos entlassen. Grund: 40 000,— RM, unterschlagen.

16. Pa. Preißler, Gesamtverband der Arbeiter der öffentlichen Betriebe Dresden, im Januar 1934 fristlos entlassen. Grund: 30 000,— RM, unterschlagen und Tagesdiäten verrechnet, ohne auswärts tätig gewesen zu sein, außerdem 150,— RM, Weihnachtspende für Altersrentner verbraucht.

17. Pa. Klein, Kreisleiter im Gesamtverband der Arbeiter der öffentlichen Betriebe Dresden, wegen Beteiligung an der unter 16. geschiedenen Unterschlagung entlassen. Preißler war früher Hilfsmonteur bei der „Drewog“, wurde hier als Techniker eingestellt. Klein, der 1929 einige Monate Gefängnis wegen Betrieb von gefälschten Invalidenmarken erhielt, fand bei der Kraftverleber Freistaat Sachsen 109, Anstellung.

18. Pa. Brod, neuer Personaldirektor der „Drewog“ in Dresden, vor einigen Monaten aus der Stellung geschieden. Grund: Unterschlagung von über 20 000,— RM.

19. Beitragskassierer Anger im Gesamtverband der Arbeiter der öffentlichen Betriebe Dresden, im April 1934 fristlos entlassen. Grund: 2000,— RM, unterschlagen.

20. Beitragskassierer Berger im Gesamtverband der Arbeiter der öffentlichen Betriebe Dresden im April 1934 entlassen. 700,— RM, unterschlagen.

21. Pa. Ströbach, Kreisleiter des DMV, Dresden, fristlos entlassen wegen unkorrekter Geschäftsführung und Unterschlagung.

22. Pa. Lampert, Nazi-Geschäftsführer im NS, Vorwärts, Dresden, a. D. gestellt. Bis zur Stunde 17 000 RM, Fehlbetrag festgesetzt.

23. Pa. Koch, Nazi-Angestellter im NS, Vorwärts, Dresden, wegen Veruntreuung zur Disposition gestellt. Untersuchung noch nicht abgeschlossen.

24. Pa. Armer, Unterkassierer in der Zigarettenfabrik Greiling, Dresden, im Juni 1934 fristlos entlassen. Unterschlagung von 400,— RM.

25. Pa. Student, Amtswalter im Tabakarbeiterverband Dresden, im März 1934 fristlos entlassen. 400,— Reichsmark unterschlagen.

26. Pa. Selbig, Vereinsführer „Volksgesundheit oberer Waldviertel bei Moritzburg“ in der Nähe Dresden, entlassen. 1400,— RM, unterschlagen.

27. Pa. Haffel, NSD-Beauftragter und Bezirksleiter im DMV, Bezirk Zossen, Zg Dresden, im September 1933 entlassen. Zirka 11 000,— RM, unterschlagen.

28. Pa. Müller, Beitragskassierer im DMV, Dresden, im August 1933 entlassen, 310,— RM, entwendet.

29. Pa. Dillig, Freital, zirka 30 000,— RM, Winterhilfsgelder unterschlagen.

30. Pa. Binzer, Freital, beteiligt am Fall 29.

31. Braun, Werkmeister und SA-Mann bei Firma Anton Reiche, Dresden, fristlos entlassen, weil er den Erlös von 7000,— RM, für verkaufte Bücher „Mein Kampf“ unterschlagen hat.

32. Pa. Lampert, NSD-Kassierer im Bauarbeiterverband Dresden, August 1933 erschossen, weil zirka 3000,— Reichsmark schlitzen.

33. Pa. Kemig, Nazi-Aufsichtsrat im Konsumverein Leipzig-Flagwitz, zirka 40 000 RM, unterschlagen.

34. Pa. Lange, Beitragskassierer im DMV, Leipzig, 540 RM, unterschlagen.

35. Pa. Mikou, NS-Volkswohlfahrt (Winterhilfe) 4000 RM, unterschlagen.

36. Pa. Krüger, NSD-Kreisleiter im Lebensmittel- und Getränkearbeiterverband Meichen, wegen Unterschlagung in Schubhaft in Hohnstein.

37. Pa. Krätzel, Nazi-Angestellter im Wohlfahrtsamt der Stadt Meichen, wegen Veruntreuung entliebt.

38. Pa. Martin, Meichen, Leiterin der Wohlfahrtskasse, und ihre Mitarbeiterin wegen Unterschleife entlassen.

39. Pa. Moritz, Ständartenführer, wegen Unterschlagung entlassen.

40. Pa. Krenkel, NSD-Betriebsrat in Pa. Grabe- und Schregerwerk Meichen, wegen Unterschlagung von Sammelkastengeldern entlassen.

41. Pa. Roth, Nazi-Gemeindevorstand in Pamperswald, 8000,— RM, unterschlagen.

42. Pa. Zheile, NSD-Amtswalter in Riesa, 600,— Reichsmark unterschlagen. § 31 StGB, geltend gemacht, trotzdem in Nazifreizeitlager Großenhain weiter beschäftigt.

43. Pa. Schöwin, Kreisleiter DMV, Riesa: Juni 1934 375,— RM, Defizit.

44. Pa. Sturmführer Robert Matthes, früher Oibernhau, jetzt Sanda i. G., führte mit Vorliebe Verhaftungen durch. Seit Jahren Familie verlassen, mehrere unedeliche Kinder in die Welt gesetzt, kürzlich nächstlicher Einstieg in das Frauenarbeitsdienstlager Oberaida bei Sanda i. G. Seine Tätigkeit bestand in Jegelungen mit Freunden, hat drei Autos kaputtgefahren, überall Schulden für angefertigte Sachen, besonders aber mehrere hundert Reichsmark Benzinschulden bei Oibernhauer Tankstellenbesitzern.

45. Pa. Schneider, Geschäftsführer der Nazi-Ortsgruppe Oibernhau, wegen Ununterschieden entlassen. Schneider war vorher wegen Diebstahl von Liebespaketen, die für seine Reichswehrkameraden bestimmt waren, bei derselben entlassen worden. Trotz dieser Verfehlungen Anstellung in einem Baubüro, wobei zu Saisonabschluss Unterschlagung von 6000,— Reichsmark Invalidenversicherungsbeträgen festgestellt wurde. Trotzdem neuerlich nach Thüringen verlegt, seine Ehefrau mit Kind im Stich gelassen.

46. Pa. Roland Richter, NSD-Kassierer im Bauarbeiterverband Oibernhau, wegen Unterschlagung fristlos entlassen.

Juden und Deutsche

Nichtarier betreuten arisches Sprachgut

Vor mir liegt ein im Jahre 1915 erschienenes Buch „Juden und Deutsche“, dessen Verfasser der Statistiker David Triesch ist. Darin lese ich, daß die Zahl der Juden in der Welt 1915 14 340 000 betragen hat, von denen nicht weniger als 12 340 000 Deutsch verstanden und sprachen. Man weiß, daß der „arische“ Deutsche in fremder Umwelt, namentlich wenn er mit ihr die Religion gemein hat, Nationalität und Sprache leicht aufgibt. Die Nachkommen der katholischen Bamberger, die Friedrich der Große in das Possensche verpflanzt hat, haben sich schon in preußischer Zeit als Polen betrachtet und nur polnisch gesprochen. Und der arische Niedersächsische Steinweg, der in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts nach Neuyork ausgewandert, nahm dort sehr bald den Namen Steinway an und seine Enkel kennen die Sprache ihres Großvaters nicht. Aber alle Juden, die jemals in Deutschland wohnten, haben, mochten sie auch durch noch so niederträchtige Verfolgungen genötigt worden sein, den deutschen Boden zu verlassen, ihren Kindern und Kindeskindern bis auf den heutigen Tag die Kenntnis der deutschen Sprache vermacht.

Ich höre den Einwand: Aber du zählst zu den fast 13 Millionen Juden, denen du die Kenntnis der deutschen Sprache bescheinigst, auch diejenigen, die jiddisch reden. Jawohl, eine nicht geringe Zahl dieser Juden spricht irgend eine Mundart des Jiddisch. Aber dessen Grundlage ist ein Mittelhochdeutsch, das nur an der Entwicklung zur modernen deutschen Sprache nicht teilgenommen hat. Der Pennsylvania-Deutsche sagt: „Ich habe beim letzten Blizzard einen Kalt gekaetscht“, wenn er zum Ausdruck bringen will, daß er sich beim letzten Schneesturm eine Erkältung zugezogen hat. Die Sprache Goethes ist in diesem Satze schwer zu erkennen. Aber wie jeder Pennsylvania-Deutsche kann sich auch jeder jiddisch Sprechende mit einem Deutschen verständigen, und das ist schließlich das Entscheidende.

Das Interesse der Auslandsjuden für die deutsche Sprache geht indessen über den Kreis der Juden, deren Familien einmal in Deutschland ihre Heimat gehabt haben, weit hinaus. Die Juden in Bulgarien, in Serbien, in der Türkei, in Aegypten stammen zum größten Teil von aus Spanien vertriebenen Juden ab. Aber ihre Kinder füllen die deutschen Schulen dieser Länder. In Sofia waren im Jahre 1914 18 Prozent, in Rustschuk 33 Prozent (neben 18 Prozent „arischen“ Deutschen), in Kairo 19 Prozent, in Alexandria 20 Prozent, in Konstantinopel 40,5 Prozent, in Saloniki 63 Prozent und in der Fortbildungsklasse in Bagdad 100 Prozent der Kinder in den deutschen Schulen jüdisch. Wird das „dritte Reich“ auch zu diesen Schulen fortan jüdische Kinder nur im Verhältnis

der jüdischen zur nichtjüdischen deutschen Bevölkerung zulassen?

Allem Anschein nach wird es sich diese Maßnahmen ersparen können. Die jüdischen Eltern ganzer Gemeinden in der Tschechoslowakei haben neuerdings ihre Kinder aus den Deutschen in die tschechischen Schulen überführt. Und ihr Beispiel wird in anderen Ländern nachgeahmt. Ein in seinem Land in hohem Ansehen stehender Balkanjude, der ein so ausgezeichnetes Deutsch spricht, daß man Herrn Rosenberg empfehlen möchte, bei ihm Unterricht zu nehmen, sagte mir kürzlich: „Wir legen keinen Wert darauf, die Sprache des Landes zu pflegen, das die Schmach der mittelalterlichen Judenverfolgungen erneuert hat. Die nationalsozialistischen Berliner Studenten verlangen, daß die Werke deutscher Schriftsteller, die Juden sind, in hebräischer Sprache erscheinen, weil der Jude lüge, wenn er deutsch spreche. Wir wollen uns den Vorwurf der Verlogenheit nicht zuschieben. Was jetzt in Deutschland Kultur heißt, erscheint uns nicht genügend verehrungswürdig, um uns weiterhin zur Erlangung deutscher Bildung zu veranlassen. Was verlieren unsere Kinder schon, wenn sie die Bibel der Deutschen, Hitlers „Mein Kampf“, nicht in der Ursprache lesen können! Und auch um die Fortsetzung von Handelsbeziehungen zu Menschen, die die Juden als Auswurf betrachten, ist es uns nicht zu tun. Wäre es anders, so würden wir tatsächlich die Charakterdefekte haben, die man uns Juden von antisemitischer Seite nachsagt. Die Judenpolitik der Nationalsozialisten und die ihr zugegebene Begründung haben erst die bisher zu unrecht behauptete jüdische Solidarität geschaffen.“

Die Beraubung jüdischer Aerzte, Rechtsanwälte, Kaufleute mag für ihre nationalsozialistischen „Erben“ ein gutes Geschäft sein, und die Fernhaltung der jüdischen Jugend von den höheren deutschen Schulen und Universitäten eine strebsame und intelligente Konkurrenz ausschließen. Deutschland als Ganzes wird die Kosten des frivolen heraufbeschworenen jüdischen Krieges zu tragen haben. Die Verbreitung der deutschen Sprache in der Welt wird zurückgehen. Stützpunkte der Sprache aber sind zugleich solche der Wissenschaft, der Kunst und des Handels. Und welcher Widerspruch besteht zwischen der militärischen Aufrüstung Deutschlands und der einer Politik, die viele Millionen Menschen mit dem Gefühle der Abneigung gegen Deutschland erfüllt! Bismarck hat einmal gesagt, daß im Kriege das Wohlwollen des kleinsten neutralen Staates zwei Armeekorps ersetzt. Dieses Wort gibt den Herren von Neurath und von Blomberg Anhaltspunkte für die Berechnung des unter ihrer Mitwirkung dem deutschen Volk zugefügten Schadens.

Die Naziführer

(Noch kein Epos)

Wenn einer euch und euer Tun bedichtet,
So darf er daran nicht vorübergehn,
Daß eure Reichen sich schon stark gelichtet
Und nur noch wenige die Sonne sehn.

Den meisten huldigt man in Nekrologen,
Dieweil sie unterdessen umgebracht,
Von wem? — Je nun, das haben ungelogen
Die Ueberlebenden mit Glanz gemacht.

Der Rest, es mögen drei sein oder vier,
Schwört ewig Treue sich nach Reckenart;
Doch unser Barde murmelt in den Bart:
Wann fällt der nächste Mann im Machtturniere!

Wie lange kann es überhaupt noch dauern,
Bis daß die beiden letzten Häupter sich
Zwecks Abschlußmordes loyal belauern?
Und wer wird schneller sein mit Schuß und Stich?

Der allerletzte müßt' sich selbst entleiben,
Wenn's nicht ein anderer freundlichst übernimmt
Erst dann könnt' unser Dichtlein bestimmt
Der Naziführer Heldenepos schreiben! Horatio

Kein Bedürfnis mehr

„Ich habe daher angeordnet“ . . .

Der Vorsitzende der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des nationalsozialistischen Schrifttums, Reichsleiter Böhler, hat eine Anordnung erlassen, in der es u. a. heißt:

„Die Zahl der Bücher, die sich in erzählender und schillernder Form meist durch lose aneinandergereihte Abhandlungen und Aufsätze mit der nationalsozialistischen Revolution und den sie begleitenden Ereignissen beschäftigen, hat eine solche Höhe erreicht, daß es notwendig erscheint, darauf hinzuweisen, daß ein weiteres Bedürfnis an solchen Produkten nicht besteht. Das gilt insbesondere für solche Schriften, die in einer verhältnismäßig teuren Aufmachung, die in keinem Verhältnis zum Inhalt steht (Prachtwerke), herausgebracht werden und meistens infolge der Art des Vertriebes (Ratenzahlung) oft eine unerträgliche Belastung des kaufenden Volksgenossen darstellen. Die Prüfung hat ergeben, daß der Wert solcher Schriften fast ausschließlich hinsichtlich des Gehaltes an politischen Gedanken sehr gering ist und von seiten der Bewegung ein Grund zur Förderung solcher Schriften in der Regel nicht vorliegt. Ich habe daher angeordnet, daß solche Schriften von der Erteilung des Unbedenklichkeitsvermerkes ausgeschlossen sind und nur eine Bestätigung erhalten, daß dem Verkauf von seiten der Partei nichts im Wege steht, wenn die Prüfung durch die parteiamtliche Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums eine solche Entscheidung rechtfertigt.“

In diesem Zusammenhang weise ich nochmals darauf hin, daß es keiner parteiamtlichen Dienststelle gestattet ist, Empfehlungen für eine Schrift auszustellen, welche dann vom Verlage zu Werbezwecken benutzt werden. . . . Alle Empfehlungen, die vor der Errichtung der parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums gegeben worden sind, sind hinfällig. . . . Verlage, die gegen diese Anordnung verstoßen, laufen Gefahr, die Berechtigung zum Vertrieb einer Schrift entzogen zu bekommen.“

Außerdem wird verfügt, daß für die Veröffentlichung von Darstellungen über Veranstaltungen der NSDAP, allein der Parteiverlag zuständig sei. Die Wiedergabe einzelner Reden des Führers sei jedermann freigegeben. Es sei jedoch nicht gestattet, aus Reden des Führers Sammelwerke zusammenzustellen. Zum Schluß wird bemerkt, daß dem Verlag Paul Steegmann (Berlin-Wilmersdorf) die Berechtigung entzogen werden sei, nationalsozialistisches Schrifttum herauszubringen.

Die Wolfsstimme

Ein vertrauter Laut

„Warum wird heute immer noch von Plakaten, Plaketten, Garantien, Solis, Duos, Etüden, Melodien, Ouvertüren und wie es immer heißen mag, geredet? Ein Beispiel nur für die Verdeutschungsmöglichkeiten, die ich vor einiger Zeit in einem Liederbuch des Verlages Günther Wolff, Plauen, las: Dort war anstatt von Sopran, Alt, Tenor, Bass, schlicht und einfach von Vogelstimme, Fuchsstimme, Wolfsstimme, Bärenstimme die Rede, eine Verdeutschung, die man schleunigst zum mindesten in allen Schulen und Jugendliederbüchern einführen sollte!“

(K. H. Dütting in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“.)
Wie schön es zum Beispiel klingt, wenn der reinrassige Rezensent die strahlend helle Höhenlage der Wolfsstimme des Sängers rühmt. Es ist eben in jeder Beziehung ein Tierreich.

„Hail Hitler!“

Brauner Blödsinn auf Englisch

Im bekannten englischen Verlag „Constable“ ist jetzt ein Buch mit dem Titel „Hail Hitler!“ erschienen, das aus nichts anderem besteht als aus wörtlichen Zitaten denkwürdiger Hakenkreuzweisheit. Blüten aus den Reden früherer Nazi-Größen wechseln mit Proben aus der gleichgeschalteten Presse. Das ganze ist eine geradezu grandiose Leistung; es ist zweifellos das dümmste Buch, das jemals erschienen ist. Bei allen Freunden unfreiwilligen Humors wird es reißenden Absatz finden. Die englischen Verleger von Anekdotenbüchern, Lachkästen und ähnlichen Erzeugnissen machen betrübte Gesichter; gegen diesen Naturprodud des Blödsinns kommen sie mit ihren kümmerlichen Kunstprodukten nicht an. Es kann gar kein Zweifel daran sein, daß der gute alte Mikosch geschlagen ist. Hitler ist jetzt Trampfl!

Anekdoten

Mit dem Vorzug, wahr zu sein

In einem Orte in der Nähe einer sächsischen Großstadt sprach letzthin der sächsische Landesbischof Koch. Das ist jener Koch, der als nationalsozialistischer Kanzelagitor schon zu Brünnings Zeiten von Gott eine gute Hanferte erlebte, damit, wenn Hitler an die Macht komme, genügend Stricke für seine Gegner da sein möchten. Dieser würdige Agent christlicher Nächstenliebe streitet heute als echter Hitlerchrist für die unbedingte Gleichschaltung der protestantischen Kirche, gegen die sich bekanntlich viele protestantische Geistliche heftig wehren.

In dem betreffenden Dorfe wollte Koch eigentlich in der Kirche sprechen. Da aber der Ortsgeistliche, der dem Pfarrernothbund angehört, die Hergabe der Kirche für diesen Zweck verweigerte, mußte die Koch-Versammlung im Gasthofe abgehalten werden. Die gesamte Einwohnerschaft des Dorfes wurde mit entsprechendem Druck in diese Versammlung befohlen. Koch donnerte mächtig gegen die geistliche Opposition. Ein Bauer aber hatte den Sinn der zornigen Epistel ganz und gar nicht verstanden. Er hatte nur kapiert, daß der Herr Bischof auf die protestantischen Pfarrer schlecht zu sprechen war. Und daß es auch in der evangelischen Kirche Bischöfe gibt, war ihm anscheinend auch nicht geläufig. Kopfschüttelnd verließ er den Saal. Nachher aber wandte er sich an einen Nachbarn, dem er vertraute, obwohl er gar weil der Mann heute noch heimlicher Sozialdemokrat ist. Ihn fragte der Bauer: „Was wollte denn eigentlich dieser katholische Bischof hier? Der hat doch nur auf die Protestanten geschimpft! Und warum mußten denn wir alle in die Versammlung? Wir haben doch bloß drei Katholiken im Dorfe.“

Dieses Dorf hat nun seit dem Umsturz den dritten Bürgermeister. Der erste stammte noch aus der Zeit der „Juden-

republik“, in der er sich vom kleinen Gemeindevorsteher hochgearbeitet hatte. Sieben Jahre lang hatte er seiner Gemeinde als Bürgermeister vorgestanden. Er war kein Sozialdemokrat, aber er mußte gehen, weil braune Leute an die Krippen wollten. An seine Stelle trat ein Speisewagenkellner, der aber nur einmal in der Woche nach Hause kam und denken mochte: Sollst du nun in der einen Nacht auch noch regieren? Er stieg viel lieber in fremde Betten, bis das sogar seinen Gönnern zu dumm wurde. Er verschwand wieder, und nun kam ein Stuhlbauer von auswärts zu Amt und Würden, der sich brüsten konnte, schon vor dem Umsturz die wildesten Kommunisten seines Heimatortes gezähmt zu haben. „In einer Kommunistenversammlung bin ich als einziger Gegner aufs Podium gestiegen. Ich habe die Kommunisten bloß angeguckt, einen nach dem andern der Reihe nach, wie sie da saßen — und schon waren sie still! Und als ich vier Sätze gesprochen hatte, da hatte ich sie alle in meinem Bann!“ So erzählt er stolz.

Dieser Kommunistenbändiger ist also jetzt Bürgermeister. Und in dieser Eigenschaft hat er auch einmal eine Rede gehalten, in der er schilderte, wie es unter Hitler nun in einem Weg aufwärts gehe und wie es noch immer besser werde, denn Hitler habe sich einen Sachverständigenbeirat geschaffen, in dem nur die tüchtigsten und berühmtesten Leute, der beste Mathematiker, der beste Chemiker, der beste Optiker, der beste Architekt, der beste Ingenieur, der beste Arzt, der beste usw. usw. Und bekräftigend fuhr der Herr Bürgermeister fort: „Das sind nicht etwa nur so Parteimitglieder! Nein, verehrte Volksgenossen, das sind“ — hier klopfte der Redner mit dem Zeigefinger bedeutsam an seine Schläfe — „das sind nämlich alles Leute mit Köpfen!“

fordern, daß „endlich den grausamen unmenschlichen Martern Andersdenkender ein Ende gesetzt wird“, so müßten wir zunächst bitten, uns das Material zu unterbreiten und auch die Quelle zu nennen, auf Grund deren sie von „grausamen, unmenschlichen Martern“ sprechen, ebenso, uns zu sagen, ob sie unter den „Andersdenkenden“ überhaupt Mitglieder des deutschen Volkes oder vielmehr außerhalb desselben stehende verstehen . . .“

Denn wenn es Juden sind — so hätte die Dame folgerichtig fortfahren müssen — oder Marxisten (das macht nicht viel Unterschied), dann ist es uns Nationalsozialistinnen mit dem weichen, fraulichen, mütterlichen Gemüt ganz gleich, ob sie zu Tode gefoltert werden, ob unsere lieben Männer sie mit Nilpferdpeitschen oder mit eisernen beschlagenen Stöcken zuschanden schlagen, ob sie in Irrenhäusern versteckt oder in heimlich geschaukelten Gräbern verscharrt werden.

Den Müttern vom Schlage der Eleonore Kühn ist der nationalsozialistische Nachwuchs anvertraut.

O Leonore!

Ein Herz, für das man betet

Die „Internationale Liga für Frieden und Freiheit“ sandte zu eine Reihe nationalsozialistischer deutscher Frauen einen Brief, in dem es u. a. hieß:

„Alle Frauen sollte letzten Endes die Gleichheit des Empfindens einen, welches denen zu helfen strebt, die leidend sich verzehren. Wir richten an Sie die dringende Bitte: fordern sie im Namen dieses Empfindens, daß endlich den grausamen, unmenschlichen Martern Andersdenkender ein Ende gesetzt wird.“

Unter den Empfängerinnen dieser Briefe befand sich auch Frau Dr. Leonore Kühn. Und diese treu national gesinnte deutsche Frau ließ sich von ihrem goldenen Herzen ein Antwortschreiben diktieren, das zu Beginn folgenden Passus enthält:

„Wenn Sie von Frau zu Frau, auf Grund einer Solidarität, deren gefühlsmäßige Basis ich durchaus anerkenne, an die deutschen Frauen die dringende Bitte richten, zu

So war es in Versailles

Von Victor Schiff

Ultimatum und Rückreise

Wieder freier deutscher Boden!

Schließlich setzte sich der Zug wieder in Bewegung. Am Bahndamm verkündete eine Tafel die Grenze des besetzten Gebietes. Jetzt erst waren wir wieder auf freiem deutschen Boden. Man mag über diese Sentimentalität spotten, und auch mir kommt sie heute etwas kindisch vor, wenn ich daran denke. Aber ich schreibe es dennoch, weil es so war: ich empfand eine geradezu zärtliche, wehmütige Liebe für diesen deutschen Boden, dem wenigstens äußerlich die nachträglichen Spuren des Krieges erspart geblieben waren. Keine fremden Uniformen mehr und vor allem keine Ruinen. Ich sah plötzlich vor mir das entsehlige Bild von St. Quentin im Morgengrauen vor zwölf Stunden zuvor — und zum ersten Male kamen in mir Zweifel auf. War Deutschland wirklich so unglücklich, wie wir es empfanden? Hätte es nicht diesen Krieg noch viel fürchtbarer verlieren können? Hatten wir das Recht, diese blühenden Gebiete dem feindlichen Vormarsch und, wer weiß, den feindlichen Fliegerbomben durch unsere Ablehnung der Unterzeichnung auszusetzen?

Und wiederum: konnten wir dieses Diktat unterschreiben, ohne wenigstens den Versuch zu machen, durch ein Nein die Gegner zum Einlenken zu veranlassen? Was hatten wir ihnen nicht alles in unseren Gegenvorschlägen angeboten? Konnten wir uns diese Mantelnote widerstandslos bieten lassen? Hatten wir nicht die Pflicht, einen letzten, allerletzten Kampf mit rein geistigen Waffen um Deutschlands Zukunft zu führen?

Die Pflicht? Leicht gesagt! Ja, worin bestand denn eigentlich unsere Pflicht? Was befahl wirkliche Vaterlandsliebe? Einen Widerstand zu leisten, von dem niemand wußte, ob er nicht völlig zwecklos sein würde, oder diese blühenden deutschen Gauen vor dem Zugriff des Gegners durch schnellen Friedensschluß zu schützen?

Das furchtbare Dilemma

Qualvoll rangen in mir diese Gedanken miteinander. Und ich hatte den Eindruck, daß sie die meisten meiner Mitreisenden ebenfalls beherrschten. Der Erregung und Entschlossenheit des Abends zuvor war ein allgemeines melancholisches Schweigen gefolgt. In Elberfeld erkundigten sich einige Bahnbeamte nach den Vorgängen bei der Abfahrt in Versailles, die in etwas dramatisierter Form nach Deutschland gemeldet worden waren. Ueber Barmen, Hagen, Arnberg fuhren wir dem Tal der oberen Ruhr entlang. Der Abend senkte sich über ein friedliches, schönes Land. In der Dämmerung passierten wir ein Städtchen im Festschmuck, Meschede: überall Fahnen, Girlanden, Frauen und Mädchen in weißen Sonntagkleidern füllten die Straßen — irgend ein Schützenfest oder eine Stiftungsfeier. Dieser Anblick gab mir einen schmerzlichen Ruck: ach so, hier feiert man noch Feste? Wissen denn die Menschen nicht, was uns bevorsteht? Und es war zugleich etwas Tröstendes dabei: also auch jetzt fordert die Lebensfreude ihre Rechte! Diese Menschen, die vier-einhalb Jahre lang nur Kummer und Leid, Not und Hunger gelitten haben, sie wollen endlich leben und genießen!

Ja, worin bestand eigentlich unsere Pflicht? Nur nicht darüber nachdenken, sonst wird man am Ende noch weich und schwankend... Gestern nacht noch die Entschlossen-

heit... Natürlich angesichts einer derartigen Mantelnote... Aber hatten wir denn wirklich gar nichts erreicht?... Oberschlesien, Schneidemühl, ein Stück Hinterpommern gerettet... Ja, was ist denn das schon, Schneidemühl und das Stück Hinterpommern, wenn wir finanzielle Bedingungen unterschreiben müssen, die wir eigentlich noch gar nicht kennen, von denen wir nur wissen, daß sie unerfüllbar sein werden — alles bezahlen! — und daß sie im Falle der Nichterfüllung Strafmaßnahmen, neue Gebietsbesetzungen zur Folge haben werden... Wir retten durch Unterzeichnung zwar die Reichseinheit vor den Separatisten und ihren alliierten Drahtziehern, aber auf wie lange? Schon bei den Auslieferungen werden wir totschick in Verzug geraten, weil diese Zumutung, eigene Landsleute, mögen sie noch so gefehlt haben, an feindliche Kriegsgerichte auszuliefern, ein Ding der Unmöglichkeit ist. Welcher Polizist, welcher Gendarm würde einem solchen Befehl Folge leisten? Psychologisch einfach undenkbar! Und auf der anderen Seite wiederum: die armen Kriegsgefangenen, die uns bei der Hinfahrt so jubelnd begrüßt hatten — welch furchtbare Enttäuschung für sie! Clemenceau hatte es deutlich genug zu verstehen gegeben: sie sind sein Pfand, seine Geiseln, mit denen er die Unterwerfung erzwingen wollte!

Brockdorffs „Nein!“

Lange saßen wir am Abend im Speisewagen, dessen französisches Bedienungspersonal bis Weimar mitfahren sollte, und besprachen in zwanglosen Kreisen diese verzweifelte Lage, das Für und Wider der Ablehnung. Alle waren sich der großen Gefahren und Nachteile einer negativen Antwort bewußt, aber jeder wies noch immer den Gedanken einer Annahme des Ultimatums entschieden zurück. Brockdorff-Rangau gesellte sich zu uns. Der ewige Nachtarbeiter entfaltet seine intellektuellen Fähigkeiten immer am klarsten, wenn die Mitternachtstunde naht. Er hat mich im Laufe der Unterhaltung, in der er seinen „Nein“-Standpunkt überzeugender denn je darlegte, eine Niederschrift der Für- und Wider-Argumente zu machen, die man in einer mündlichen Diskussion in Weimar verwenden könnte. Vielleicht könnte die eine oder die andere Formulierung seine eigenen Aufzeichnungen ergänzen oder verstärken.

Wieder begab ich mich in ein Schreibmaschinenabteil des Kurswagens. Als ich gegen 2.30 Uhr morgens meine Arbeit beendet hatte und durch den Restaurationswagen zum Salonwagen des Delegationsführers wollte, lagen auf dem Gang die männlichen und weiblichen Angestellten der französischen Gesellschaft, Kellner, Köche, Abwaschfrauen, und schliefen fest. Auch sie hatten einen anstrengenden Tag hinter sich und ich wollte sie nicht wecken und wartete die nächste Station ab. Wir waren mittlerweile im Herzen Deutschlands, zwischen Kassel und Eisenach. Ich besprach noch verschiedenes mit Brockdorff-Rangau. Als ich mich bei der nächsten Station — es war Eisenach — verabschiedete, stieg ein Herr in den Zug ein, der sich telegrafisch hatte anmelden lassen: der amerikanische Journalist Karl von Wiegand, der als erster ein Interview mit dem aus Versailles zurückgekehrten Führer der deutschen Delegation haben wollte. Er wurde empfangen. Um halb vier Uhr morgens! So etwas war eben nur Brockdorff-Rangau möglich.

Das Für und Wider

Die Delegation hat sich über die Furchtbarkeit der Konsequenzen eines deutschen „Nein“ keiner Täuschung hingeeben. Auch schätzten wir die Zartheit des Weltgewissens nicht so hoch ein, um seinen Protest gegen die Unterdrückung Deutschlands zu erwarten. Aber wir rechneten mit der Friedenssehnsucht, die allen Völkern gemeinsam war. Hätte damals in Deutschland ein Volksentscheid über die Frage der Annahme oder Ablehnung der Friedensbedingungen stattgefunden, so würde eine erdrückende Mehrheit für die Unterzeichnung sich herausgestellt haben. Aber dieselbe Kriegsmüdigkeit bestand in den anderen Ländern. Wie bezeichnet ist es, daß die Regierungen der Entente-Länder die Veröffentlichung des Entwurfs des Friedensvertrags zu Hause unmöglich machten! Der Grund kann nur der gewesen sein, daß jene von dem Bekanntwerden der Bedingungen innerpolitische Widerstände befürchteten, die gerade aus der Sehnsucht nach einem endgültigen und wahren Frieden hervorgegangen wären. Wir Delegierten waren aber auch davon überzeugt, daß den Staatsmännern der feindlichen Länder nicht in gleichem Maße an dem Zustandekommen dieses Vertrages gelegen war. Daß er den Wünschen der Franzosen und der Belgier entsprach, bezweifelten wir nicht. Aber die völlige Ausschaltung Deutschlands, wie sie die Folge dieses Vertrages sein mußte, widersprach so sehr der Tradition Englands, das niemals die Hegemonie eines Staates auf dem Kontinent geduldet hatte, daß für die englische Regierung die Bedingungen kein Kränlein Rührmichnichtan sein konnten. War aber England geneigt, über Änderungen mit sich reden zu lassen, so durfte man hoffen, daß es, wenn Deutschland sich zu einem Nein aufschwang, gelingen würde, auch Amerika, das seine Armee sobald als möglich aus Europa zurückziehen wollte, für den Gedanken einer Revision zu gewinnen; freilich hätte sie sehr bald erfolgen müssen, denn lange Zeit hindurch konnte der passive Widerstand nicht aufrechterhalten werden. Bis zu einer Milderung der Bedingungen, die den Frieden für Deutschland erträglicher machte, konnte Schlimmes geschehen. Aber daß die Besetzung der Ruhr einmal kommen würde, war voraussehen. Und wenn dies feststand, so war es immer noch wünschenswerter, daß sie durch die Kontingente aller Verbündeten geschah, als durch die Franzosen und Belgier allein. Wir wissen heute, daß Lloyd George von den Zugeständnissen, die Wilson Frankreich gemacht hat, und von der Gestalt, die der Friedensvertrag dank ihnen erhalten hat, entsetzt war und daß er zu spät dem Sadismus Clemenceaus hat Einhalt gebieten wollen. Man kann also nicht sagen, daß die Argumentation der deutschen Delegation falsch war. Die später erfolgte Okkupation des Ruhrbeckens hat, obwohl die innere Zermürbung des deutschen Volkes damals durch die immer wieder fortschreitende Inflation gesteigert worden war, nicht zum Zerfall des Reiches geführt und die von französischen Generalen im besetzten Deutschland geförderten Abtrennungsversuche sind sämtlich gescheitert. Es wird nach alledem nicht möglich sein, zu entscheiden, ob die Befürchtungen derer begründeter waren, die den Vertrag annehmen wollten oder die Berechnungen seiner Gegner.

Das „Unannehmbar“ der Reichsregierung

Am 12. Mai 1919 beschloß die Reichsregierung in Berlin einstimmig, die Friedensbedingungen vor der Öffentlichkeit als unannehmbar zu bezeichnen. Wir Delegierten in Versailles freuten uns über die Uebereinstimmung der Auffassung des Kabinetts mit der unsrigen. Wir wußten nicht, daß schon in dieser Sitzung der Gedanke ausgesprochen worden war, durch den Beschluß werde die Frage einer Unterzeichnung, die unter dem Drucke der Gewalt erfolge, nicht entschieden. Ende Mai begab ich mich, nachdem alle Versuche der Delegation, durch eine Reihe von Noten an die Alliierten, mündliche Verhandlungen herbeizuführen, gescheitert waren, und nachdem unsere Antwort auf die Friedensbedingungen fertiggestellt worden war, nach Berlin. Dort mußte ich erfahren, daß von einer einhelligen Entschlossenheit des Kabinetts, diesen Vertrag zurückzuweisen, nicht die Rede sein konnte. Wenige Tage vorher hatte die gewaltige Demonstration für die Unterzeichnung im Berliner Lustgarten stattgefunden. Immer wieder begegnete ich dem Hinweis darauf, daß die Regierung Kerenski von den Bolschewiken gestürzt worden sei, weil sie die Hoffnung des russischen Volkes auf Frieden zuschanden gemacht hatte. Namentlich Erzberger stand sehr stark unter dem Eindruck dieser Erinnerung. Gelingte es, so führte er aus, den Absturz in das bolschewistische Chaos zu verhindern, und die Entscheidung dieser Frage erfolge im Augenblick des Abschlusses eines wie immer gearteten Friedens, so würden selbst die uns aufgezwungenen Bedingungen den Aufstieg des deutschen Volkes nicht verhindern können. Als ich ihn in einer Kabinettssitzung fragte, ob er es verantworten könne, das Bekenntnis zu unterschreiben, daß Deutschland den Alliierten den Krieg aufgezwungen habe, und ob er nicht gleich mir die Auslieferung der sogenannten Kriegsverbrecher als untragbar empfinde, lächelte er überlegen und erwiderte, in beiden Punkten werde der Vertrag geändert werden. Ich wies höchst erstaunt darauf hin, daß das Schuldanerkenntnis den offenbaren Zweck habe, die schonungslose Härte der Bedingungen vor der Welt zu rechtfertigen, und erklärte, daß mir deshalb die Hoffnung auf die Streichung dieser grundlegenden Bestimmungen völlig unbegründet zu sein scheine. Erzberger blieb aber bei seiner optimistischen Auffassung, mit der er, wie sich später herausstellte, seine Fraktion angesteckt hat. Ich vermutete, daß er sich von Professor Haguenin, der damals in Ermangelung eines französischen Botschafters als Vertrauensmann der Regierung seines Landes in Berlin tätig war, hat täuschen lassen. Wenigstens ist dieser Herr in jenen Tagen auch bei mir gewesen, um mich der Annahme der Bedingungen geneigt zu machen, und suchte sein Ziel durch beredete Darlegungen zu gewinnen, die auf den Ton gestimmt waren, daß es zunächst einmal darauf ankomme, der Welt den Frieden zu geben, und daß kein Mensch in Frankreich daran denke, Deutschland Unmögliches zuzumuten. (Fortsetzung folgt.)

Die Entscheidung im Kabinett

Der 19. Juni 1919

Von Otto Landsberg

Die Mitglieder der deutschen Friedensdelegation gaben sich, als sie nach Versailles reisten, trotz der Verheißungen Wilsons keiner Täuschung darüber hin, daß die Friedensbedingungen der Gegner hart sein würden. Die sozialdemokratischen Politiker unter ihnen waren nicht nur aus ihrer weltanschaulichen Einstellung heraus von Anbeginn des Krieges an für einen Verständigungsfrieden eingetreten, sondern auch, weil sie wußten, daß ein Abschluß nur solange möglich war, als die endgültige Entscheidung durch die Waffen nicht gefallen war. Daß die Staatsmänner der Entente weitblickend genug sein würden, dem besiegten am Boden liegenden Deutschland schonende Friedensbedingungen zuzugestehen, war ausgeschlossen. Die Modalitäten des Waffenstillstandsabkommens ließen bereits klar erkennen, daß man auf der anderen Seite an die Schaffung einer Atmosphäre wahren Friedens nicht dachte, sondern entschlossen war, die erlangte militärische Ueberlegenheit rücksichtslos auszunutzen. Nicht nur der Haß war dabei das Motiv, sondern auch die Furcht, die der allerschlechtesten Ratgeber ist. Dieses Deutschland, das seinen Feinden vier Jahre lang widerstanden hatte, erschien ihren führenden Männern so gefährlich, daß sie ihm die stärksten Fesseln anzulegen suchten, um es im Zustande der Ohnmacht zu erhalten.

Ablehnungsentschluß

Wenn wir Delegierten hiernach auch auf Schlimmes gefaßt waren, so waren wir dennoch entsetzt, als wir die Bedingungen erfuhren, unter denen uns der Friede zugestanden werden sollte. Jedem der Nachbarn Deutschlands war ein Stück deutschen Bodens mit ausschließlicher oder doch überwiegend deutscher Bevölkerung zugeteilt worden, damit sie alle durch den Friedensvertrag zu einem ewigen Bunde gegen Deutschland vereinigt waren. Ein wichtiges deutsches Gebiet im Osten wurde in eine Insel verwandelt, die rings von fremden Ländern umgeben war. Ueberall in den zahlreichen Staaten die in den Krieg gegen uns hineingegangen oder hineingezogen waren, wurde das deutsche Vermögen für eingezogen erklärt. Die deutsche Handelsflotte wurde uns genommen. Und das seiner Flotte, seiner ausländischen Gut-haben und bedeutender Rohstoffquellen und Versorgungs-

gebiete beraubte Deutschland mit seiner auf diese Weise für unabwehrbare Zeit passiv gewordenen Zahlungsbilanz hatte fantastische Entschädigungssummen aufzubringen.

Nachdem ich am 7. Mai 1919 einige Stunden in dem Buche der Friedensbedingungen gelesen hatte, konnte ich nicht weiter. Ich ging in den Park von Versailles, um den heiß gewordenen Kopf abzukühlen. Als ich einen der Hauptwege kreuzte, fuhr ein Auto an mir vorbei, in dem Clemenceau saß. Bei meinem Anblick verzog er höhnend das Gesicht, als ob er ausdrücken wollte, daß er den Grund unserer Begegnung ahne. Ich ging in mein Hotel zurück, um das unterbrochene Studium wieder aufzunehmen.

Wir sechs Delegierten waren entschlossen, der Reichsregierung, falls es nicht gelang, eine wesentliche Verbesserung der Bedingungen zu erzielen, die Ablehnung der Unterzeichnung vorzuschlagen. An eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten dachten wir selbstverständlich nicht. Die Krieger eines besiegten Naturvolkes, denen der Ueberwinder einen die volle Versklavung besiegelnden Frieden zumutete, würden ihre Frauen und Kinder getötet haben und in den letzten Kampf gezogen sein. Eine derart romantische Beendigung des Krieges kommt in unseren Zeiten nicht mehr in Frage. Deutschland war aufgerstanden, seinen Gegnern noch einmal mit den Waffen in der Hand entgegenzutreten. Von allem anderen abgesehen, würde eine feindliche Invasion, von Oesterreich ausgehend, das vernichtend am Boden lag und sich nicht wehren konnte, es den feindlichen Armeen ermöglicht haben, in verhältnismäßig kurzer Zeit unsere im Westen stehenden Truppen im Rücken anzugreifen und sie zu vernichten. Auch an wirksame diplomatische Hilfe anderer Staaten war nicht zu denken. Das kaiserliche Deutschland hatte in wahnwitziger Selbstüberschätzung den Krieg mit allen mächtigen Staaten der Welt aufgenommen. Die neutral gebliebenen Länder bedeuteten zu wenig, als daß sie, selbst wenn sie zur Intervention geneigt waren, die Sieger von der Ausnutzung der Lage abzubringen vermocht hätten. Die feindlichen Armeen konnten also ungehindert den Marsch nach Berlin antreten und ganz Deutschland besetzen. Unter dem Schutze ihrer Bijouette hätten separatistische Cliquen an der Atomisierung Deutschlands arbeiten können.

Eindrücke über Rußland

Gordon Bennett-Flieger schreiben über Sowjetrußland

Bekanntlich haben Schweizerische Ballonflieger bei den festgefundenen Gordon-Bennett-Weißfliegen in Rußland gelandet. Einer von ihnen, Dr. A. von Baerle, schildert seine Eindrücke in den „Wasser Nachrichten“. Wir entnehmen der interessanten Schilderung die folgenden Ausführungen:

„Unseren Landungsplatz hatten wir in der Nähe eines größeren Dorfes ausgelucht, um möglichst rasch genügend Leute zur Bergung des Ballons vorzufinden. Es dauerte wirklich nicht lange, so waren wir umringt von einer ansehnlichen, gesitteten Menge, mit der wir uns trotz beiderseitigem guten Willen nur schwer verständigen konnten. Immerhin waren unsere Bemühungen von Erfolg gekrönt, denn schon knapp anderthalb Stunden nach der Landung lag unser Ballon fix und fertig verpackt auf zwei kleinen russischen Bauernwagen.“

Für die „Löhne Luftschiffer“ hatte der „Genosse“ Gemindepräsident ein Perlenfahrrad — bestehend aus einer Britische mit vier Rädern und mit den Beleg — bereitgestellt, auf das wir uns zu verlassen hatten. Schade, daß auch das Mitnehmen eines Fotoapparates verboten war! Dieses Bild hätte meinen Freunden im Automobilklub viel Freude gemacht! Im Galopp ging es nun über Stroh und Stein in etwa halbhündiger Fahrt, während der uns alle Glieder frachten, nach dem nächsten Dorf.

Figulino, so heißt das Reich, ist ein ziemlich weitläufiger, nur aus Holzhäusern bestehender Ort, dessen einziger Schmied eine in typisch russischem Stil erbaute, noch in „Betrieb“ befindliche Kirche ist. Bergabwärts verläuft der Ortspfarrr mit seinen minimalen französischen Kenntnissen, uns als Dolmetscher zu dienen. Eine Unterhaltung kam erst zustande, als ein aus 20 Kilometer Entfernung herbeigekommener Lehrer eintraf, der anscheinend französisch sprach.

Nach längerem Auseinanderlegen mit den übrigen Dorfbewohnern hatte der Präsident das Recht bekommen, uns bewirten zu dürfen. Seine Wohnstube — ein mit Zeitungspapier und mit Bildern von Lenin, Stalin u. a. geschmückter Raum — war nun der Sammelplatz der ganzen Bevölkerung. Alles wollte die fremden Piloten sehen; auch ein Krat war mit seinem Köfferchen aus 20 Kilometer Entfernung herbeigebracht, weil in seiner Ortschaft das Gerücht von einer Ballonkollision verbreitet wurde: ein Pilot sei mit dem Fallschirm abgeprallt und schwer verletzt, der andere sei tot. Glücklicherweise gelangte dieses Gerücht nicht bis nach Basel.

Da wir jetzt über dreißig Stunden nichts mehr gegessen hatten, so sprachen wir dem vorgelegten Nachtmahl, das aus Eier, Butter, Honig, Brot, keine Art Fumpfernidel und einem vorzüglichen Tee bestand, richtig zu. Inzwischen waren auch Vertreter der Behörden, ein Kommissar der G. P. U., der Bezirksvorsteher und der Parteisekretär erschienen, die von unsern Ausweispapieren Kenntnis nahmen. Der persönliche Verstoß hatte uns ein pompöses Zolspassier mit den Wisa von 18 Stunden mitgegeben.

Nun kam eine Unterhaltung in Ruß, die uns jegliche Müdigkeit vergessen ließ.

Die Diskussion bewegte sich bald auf politischem Gebiet, wobei wir anfänglich die an uns gestellten Fragen mit erhöhter Zurückhaltung beantworteten (wie wir selber dies ja im Ausland zu tun gewöhnt sind!). Erstaunlich war, daß man in diesem abgelegenen Nest schon recht genau über die Rede von Bundesrat Motta in Genf orientiert war. Es muß aber leuchtend sein, daß unsere Stellungnahme im Völkerbund auf die Gattfreundschaft und die Herzlichkeit, mit der wir in Rußland aufgenommen wurden, nicht den geringsten Einfluß gehabt hat. Bis Mitternacht verbrachten wir im Kreise dieser einfachen Dorfbewohner ansehnliche Stunden, und dann besaßen wir die gesamte Bevölkerung nach einem andern Hans, wo unsere Nachfolger vorbereitet waren. Am nächsten Tag hatten wir Gelegenheit, auf einem kleinen Spaziergang die durch überall verstreute Wirtschaften sehr anmutige Gegend kennen zu lernen. Auch wurden uns die Zieldungen, Einrichtungen und Organisation der dortigen Kolchosgenossenschaft gezeigt und erklärt und zwischen hinein alle paar Stunden eine reichliche Maßigkeit angesetzt.

Gegen Abend endlich traf von Wjasma kommend, der von uns und der Schuljugend (die noch nie ein Auto gesehen

hatte) schnellst erwartete Camion ein, der unsern Ballon an die Bahn bringen sollte. Für uns selbst hatte die Stadtverwaltung einen Offizier der G. P. U. mit einem Personenwagen zur Verfügung gestellt. Dankbar verabschiedeten wir uns von jenen Leuten, die uns so hilfsreich entgegengekommen waren, und sofort ging es im holprigen Fahrt über Stroh und Stein — von Strahlen in unserm Sinn kann man nicht reden — nach Wjasma, das wir in drei Stunden gegen 11 Uhr abends erreichten.

Unser erster Besuch galt dem „Genossen Chef“, dem Vorsteher der dortigen G. P. U., der den militärischen Rang eines Divisionskommandanten bekleidet. Ein ehemaliger Kriegesgefangener, der es in der roten Armee zum Brigadeführer gebracht hatte, war unter Dolmetscher und händlicher Begleiter während unseres Aufenthaltes in Wjasma. Gleich anfangs hatten wir eine freundliche Ueberraschung, indem er uns aus einer russischen Zeitung mitteilte, daß zwei Ballons mit einer geringeren Distanz gelandet seien als der Ballon „Basel“. Wir waren also nicht die letzten! Meinem Kameraden, der in dieser Beziehung seit 24 Stunden pessimistisch dachte, fiel ein Zentnerstein vom Herzen.

Die Aufnahme und die Bewirtung, die uns in Wjasma von der G. P. U. zuteil wurde, übertrafen alle Erwartungen des Landes und der Sprache unkundig, ohne russisches Geld, wären wir dagestanden wie hilflose Kinder, wenn nicht der „Genosse Chef“ mit seinen Offizieren alles für uns getan hätte: sie speicherten die Telegramme, ließen den Ballon verladen, luden uns zu jedem Essen ein, sorgten für unsere Schlaflegenheiten, hielten uns am nächsten Tag in ein Bad, ließen uns beim Coiffeur der G. P. U. rasieren und taten überhaupt alles, was sie uns an den Augen ablesen konnten.

Die Unterhaltung drehte sich naturgemäß um politische Fragen, und wir waren erstaunt, mit welcher Offenheit wir unsere Meinungen vertreten konnten und mit welcher Vorurteilslosigkeit diese allen Revolutionäre die Dinge betrachteten. Wiederholt sagte man uns: „Die Sowjet-Union ist das größte Land, ein Sechstel der Erde, es besitzt alles, was ein Volk braucht, sämtliche Lebensmittel und Bodenschätze; aber alle diese Quellen unseres Nationalreichtums sind erst zu einem winzigen Teil erschlossen, denn es fehlt uns an Arbeitern, besonders an gelerntem Spezialisten. Wir könnten sämtliche Arbeitslosen der Welt bei uns aufnehmen. Innerhalb 14 Tagen hätten alle Arbeit! Es fehlt uns an Fabriken, an Straßen, Eisenbahnen und Kanälen, es fehlt uns an Wohnungen, und große Teile unseres Landes liegen noch brach. Wir wissen ganz genau, daß bei Ihnen in der Schweiz der Lebensstandard viel höher steht als bei uns in Rußland, und deswegen fällt es auch schwer, genügend ausländische Arbeiter zu bekommen. Unser ganzes Streben zielt dahin, auch für unser Volk einen höheren Lebensstandard zu schaffen.“ In der Tat hatten wir bei all dem, was wir gehört und gesehen haben, das Gefühl, daß in Rußland ein großes Experiment vor sich geht, daß ein Volk versucht, seine Zukunft nach neuen Prinzipien zu gestalten, nach Grundgedanken, die bisher bloß theoretisch entwickelt wurden, für die aber jedes praktische Vorbild fehlt. Wir haben nur einen ganz geringen Teil dieses Reichtums während weniger Tage kennen gelernt, und es wäre entschieden vermessend, sich auf Grund des Gesehenen und Gehörten irgend ein Urteil bilden zu wagen.

Das Leben in Rußland scheint für den Fremden, der sein Geld dort wechseln muß, sehr teuer zu sein, da der Rubel immer noch zum alten Goldkurs gehandelt wird, während die Preise wahrscheinlich auf dem wirklichen Wert des Rubels basieren. Es war jedenfalls keine angenehme Ueberraschung, als man uns für 100 Schweizerfranken bloß 37 Rubel geben wollte. Dabei hätte die Fahrt von Wjasma an die polnische Grenze pro Person 69 Rubel gekostet, und wir machten uns schon mit dem Gedanken vertraut, die etwa zehnjährige Eisenbahnfahrt für circa 150 Franken pro Kopf in „barter Wagenlosse“ durchhalten zu müssen. Unser Begleiter sah unsere Verlegenheit, bängte sich ans Telefon und kam mit dem Bescheid zurück: „Der Genosse Chef sagt so: die Herren brauchen nicht in Sorge zu sein, wir werden den Ballon speidieren und für Sie im Eyrchhaus zwei Schlafwagenplätze besorgen. Ein Genosse wird Sie bis zur

Hausarrest über Bischof Warm

Nach einer Mitteilung aus Stuttgart hat die Landeskonode unter dem Druck des Reichsbischofs den Antrag zur Ruheetzung des Landesbischofs von Württemberg, Dr. Warm, angenommen. Nach einer Mitteilung des stets zuverlässigen Berliner „Times“-Korrespondenten ist das Amtsbüro des Bischofs Dr. Warm in Stuttgart durch Gestapo-Agenten besetzt worden. Ueber den Bischof selbst ist vorläufig Hausarrest verhängt, während seine Mitarbeiter in Schußhaft genommen worden sind.

So wird der Konflikt in der evangelischen Kirche mit Hilfe der staatlichen Gewalt, mit Gestapo und anderen Zwangsmethoden „gelöst“. Das „positive Christentum“ des Führers nimmt doch etwas eigenartige Formen an!

Sorgen!

Mißbrauch des Brauchtums

Aus einer Veröffentlichung des Landesverbandes Harz, dessen Vorsitz kürzlich der braunschweigische Ministerpräsident Klages übernommen hat, geht hervor, daß die Förderung des Trachtenwesens durch die nationalsozialistische Bewegung vielfach zu Auswüchsen geführt hat.

Ministerpräsident Klages hatte aber jetzt den Mitarbeiterstab für Volkskultur, Volkstanz und Volksbrauch nach Goslar zusammenberufen, um den vielfach auftretenden wilden Trachtenbestrebungen im Harzgebiet ein Ende zu bereiten. Die Verammelten nahmen grundsätzlich zur Trachtenfrage Stellung, um sie für das Harzgebiet endgültig zu klären. Es wurden Richtlinien für eine einheitliche Regelung festgelegt, um eine Zerplitterung in Vielheiten zu vermeiden. Das Harzgebiet wurde in drei sich geschichtlich und kulturgemäß ergebende Gruppen eingeteilt, den Oberharz, den Südharz einschließlich Ditharz und den Nordharz. In diesen Gebieten sollen auf Grund der noch vorhandenen alten bodenständigen Trachten neue Trachten geschaffen werden, die unter sich die Zugehörigkeit zu den genannten Gruppen betonen, aber zugleich die Einheit des Harzgebietes wahren. Als Mitarbeiter für die Trachtenfrage wurden neu je ein Einwohner von Quedlinburg und von Altendorf bestimmt. Die Beauftragten werden in kurzem Richtlinien für die geplante Trachtenarbeit aufstellen und veröffentlichen. Allen noch bestehenden wilden Bestrebungen, Trachten zu schaffen, soll mit dieser Regelung ein Ende bereitet werden.

polnischen Grenze begleiten, über die Kosten brauchen Sie sich vorläufig keine Gedanken zu machen.

Unserem Wunsch, dem etwa drei Eisenbahnstunden entfernten Moskau einen Besuch abzustatten, wurde von der russischen Regierung nicht entsprochen, da unser Land mit der Sowjetunion keine Beziehungen unterhalte. Für unsere Finanzen war dieser Bescheid unter den genannten Umständen jedenfalls ein Glück! Wir begnügten uns daher mit Wjasma, einer auch im Ausland als nicht gerade ja über bekannten Stadt, die von der Revolution 7000 und heute 22000 Einwohner zählt. Die Ortschaft ist sehr nett gelegen und bietet besonders nachts, wenn der Vollmond auf die Zwiebeltürme der 17 Kirchen scheint (hier sind noch in „Betrieb“) einen reizvollen Anblick. Die Häuser aber und vor allem die Straßen machen einen recht unappetitlichen Eindruck. Interessant war es, den außerordentlich großen Markt zu besuchen. In Rußland gibt es nämlich keinen Zwischenhandel mehr, und die Bauern müssen ihre Erzeugnisse selber verkaufen. So sieht man zum Beispiel eine Bauersfrau geduldig warten, bis sie für ihre 2 Kilo Butter, 5 Liter Milch und 15 Eier ihre Käufer findet.

Nachdem wir dem „Genossen Chef“ und seinen Leuten unsern Dank ausgesprochen hatten für die herzliche Aufnahme, die wir bei einem uns so fremden Volke finden durften, verließen wir am Donnerstagmorgen um 8 Uhr Wjasma. In demselben Zuge fanden sich später eine amerikanische und eine belgische Cavale ein; auch sie räumten die Gattfreundschaft und die gute Aufnahme, die sie bei Volk und Behörden gefunden hatten.

Bunte Spalte

Rasse und Fingerabdrücke

Auf dem kürzlich abgehaltenen Antropologenkongress hat, wie die „Münchener Medizinische Wochenschau“ berichtet, Dr. Voll, Berlin, den Nachweis geführt, daß man aus den Fingerabdrücken Schlüsse auf die Rassezugehörigkeit ziehen könne.

Das haben sich die Kriminalforscher von Edgar Wallace bis Oppenheim bisher nicht träumen lassen, aber ohne Zweifel wird die künstliche Detektiv-Literatur dieses Schlages diese epochenmachende Entdeckung der nationalsozialistischen „Wissenschaft“ weidlich ausnützen.

Sicherlich werden die nationalsozialistischen Geisteshehlen in nächster Zeit noch eine Reihe ähnlicher großartiger Entdeckungen machen. Welche Merkmale, aus denen man auf die Rassezugehörigkeit schließen können, sie weiterhin finden werden, ist noch ungewiß, eins ist aber gewiß, daß man aus dem Inhalt der „Münchener Medizinischen Wochenschau“ Schlüsse auf den Geisteszustand der Rassenwissenschaftler ziehen kann.

Spielbank endgültig

Baden-Baden, 1. Okt. (DPA). Die Baden- und Kurverwaltung teilt mit: Durch Erlass des Reichsministers des Innern vom 26. 9. 1934 ist der Baden- und Kurverwaltung Baden-Baden die Erlaubnis zur Errichtung einer offiziellen Spielbank in Baden-Baden an Stelle der bisherigen provisorischen Einrichtung erteilt worden. Der Betrieb wird ab 1. Oktober von der bewährten französischen Hochgruppe in bisheriger Form unverändert fortgeführt, wobei den Bedingungen des Reiches entsprechend eine 5prozentige Beteiligung deutschen Kapitals für die Zukunft vorgesehen ist.

„Reichsschuppenkarte“

Zentralbürokratische Aneberatung

Der Sachverständige für Rasseforschung beim Reichsinnenministerium, Dr. Achim Gercke, hat sich in der Zeitschrift für Standesamtswesen über die Einrichtung einer Reichsschuppenkarte und ihre Bedeutung geäußert. Die Reichsschuppenkarte soll kein Auskunftsbüro für jedermann sein, sondern in erster Linie den Zentralbehörden zur Verfügung stehen, abgesehen von den einzelnen Aufgaben der Überwachung der Bevölkerungsentwicklung. Von unerschöpfbarem Werte werde sie daneben für die so dringliche, aber so schwer zu verwirklichende eugenische Eheberatung sein, für die niemand

ohne umfassendes Material die Verantwortung übernehmen könnte. Wer glaube, daß sich die Rasseforschung bereits auf ihrem Höhepunkt befinde, sei im Irrtum. Ein Anfang sei gemacht worden, Weiterbauen zu können, verlange aber ein sehr gründliches Studium und eine vielleicht Jahrzehnte lange mühsame Kleinarbeit. In dieser Arbeit werde die Reichsschuppenkarte leben und vorausschauend Grundlagen für zukünftige Entwicklungen schaffen.

Zwei Knaben kommen

Auf einer Bauernhochzeit, die in Wilaach (Kärnten) gefeiert wurde, gab es zwei große Ueberraschungen. Raum hatten sich die Gäste an die mit Wäskchen reich beladene Tafel gesetzt, als die soeben getraute junge Frau von einer Hebelkeit betroffen wurde und die Gesellschaft verlassen mußte. Als sie nach geraumer Zeit noch nicht wieder zurückgekehrt war, erfuhr man schließlich die Gäste zu ihrem großen Erstaunen, daß die junge Frau soeben von einem gefunden, kräftigen Knaben entbunden wurde. Noch hatten sich die Festteilnehmer nicht von ihrem „Schrecken“ erholt, als die Schwägerin der jungen Braut ebenfalls wegen Unwohlfühls die Hochzeitstafel verlassen mußte. Nach wenigen Minuten war auch sie von einem Knaben glücklich entbunden. Der Jubel der versammelten Hochzeitsgesellschaft fand ob dieser Duplizität der „glücklichen Ereignisse“ sein Ende.

Das Ringlein ward gefunden . . .

Vor dem Hause eines Metzgereibehalters in dem Dörfchen Neustadt in Westfalen feiert kürzlich ein fremdes Paar ab, das sich der überreichen Familie als „Mr. und Mrs. Brown aus Amerika“ vorstellt und gleichzeitig die Bitte äußert, das Haus mit allem Drum und Dran besichtigen und fotografieren zu dürfen. Nach der Ursache seines starken Interesses für das feinesmas besondere Gebäude befragt, erklärt Mr. Brown, daß er „drüben“ eine fast neunzigjährige Großmutter habe, die sich immer noch mit Freunden der Zeit erinnere, da sie als blühendes Mädchen in diesem Hause gedient habe. Nun wolle er ihr mit den Aufnahmen eine Geburtstagsfreude machen.

Beim Rundgang erzählt der Amerikaner heillosig, daß seine Großmutter vor 78 Jahren hier ihren Verlobungsring verloren habe. Der Metzgereibehalter wird heilhörig. Er erinnert sich daran, daß erst vor kurzem beim Kartoffelroben ein goldener Ring gefunden wurde. Er läßt ihn herbeibringen — und tatsächlich entpuppt der Ring sich als der einstige Verlobungsring der Großmutter aus USA. Gerührt nimmt

Mr. Brown den Ring entgegen. Jenseits des großen Wassers wird er glückselig Erinnerungen an Mädchenträume vor 78 Jahren wecken. Es stellte sich schließlich noch heraus, daß die alte Frau bei den Großeltern des Metzgereibehalters diente.

Amerikanisches

Aus Boise (Nord-Amerika) meldet eine amerikanische Zeitung:

Virginia E. Gates, die 23 Jahre alte Tochter des Präsidenten der Universität Pennsylvania, nach der man wochenlang suchte, wurde jetzt aufgefunden, und zwar als verheiratete Frau. Vor drei Wochen heiratete sie einen Ringkämpfer, Mechaniker und Taxifahrer, Dan McCafferty, den sie nach ihrem Verschwinden von einer Wand, auf der sie untergebracht war, kennen gelernt hatte. Hochzeit wurde in Moscow, Ida., gemacht; ein Methodistengeistlicher nahm die Trauung vor. Das junge Ehepaar will Kalifornien zur Heimat machen; der Vater der jungen Frau ließ erkennen, daß er einen monatlichen Zuschuß gewähren werde.

Bahnhof Vatikanstadt

Nachdem der Papst von seiner Sommerresidenz Castel-Gandolfo zurückgekehrt ist, wurde auch offiziell der neue Vatikan-Eisenbahnhof an die Vatikanstadt übergeben. Während der Feier, an der Vertreter des Ministeriums für öffentliche Arbeiten und der italienischen Eisenbahndirektion sowie der Gouverneur der Vatikanstadt und andre höhere päpstliche Beamte teilnahmen, wurde ein Eisenbahnzug auf den neuen Schienenstrang geleitet. Ferner wurde die Verlegung und Unterzeichnung des zwischen dem italienischen Staat und dem Vatikan getroffenen Eisenbahnabkommens vollzogen.

Armeeerwerb und Fox-Trott

Der Regierungspräsidentin Magdeburg veröffentlicht eine Erklärung, in der er sagt, es sei festgestellt worden, daß in einigen öffentlichen Lokalen noch immer zu historischen Armeeerwerbungen getanzt werde. Er habe bisher davon abgesehen, die Weichmacherei solcher Tanzens zu historischer Armeeerwerbungen durch Polizeiverordnung ausdrücklich zu verbieten, da er von dem gesunden Sinn der Bevölkerung erwarte, daß sie der Würde dieser Märche Rechnung trage. Die Erklärung beruht sich zum Schluß auf das Gesetz zum Schutz der nationalen Symbole und spricht die Hoffnung aus, daß die Klagen in dieser Hinsicht endgültig verstummen würden.

Düstere Wolken über Frankreich

Rücktritt Sarrauts

Ab. Paris, 12. Oktober.

Innenminister Sarraut ist in Anwesenheit des Pariser Anstaltigen zurückgetreten. Der Generaldirektor der Sicherheitspolizei und der Präfekt des Departements, in dem Marzelle liegt, wurden ihrer Posten enthoben.

Innenminister Sarraut ist von der französischen Presse für das Verlegen des Sicherheitsdienstes beim Attentat in Marzelle verantwortlich gemacht worden.

Von unserem Korrespondenten

A. Ph. Paris, 11. Oktober.

Frankreichs innenpolitischer Himmel ist bewölkt. Die Schiffe von Marzelle haben seinen Frieden in erheblichem Maße gestört. Die Regierung Doumergue, die sich auf so viele Parteien stützt, kann naturgemäß kein einheitliches und harmonisches Gebilde sein. Sie verdankt ihren Zusammenhalt in erster Reihe der Persönlichkeit des Ministerpräsidenten, von dessen Kredit sie lebt. Man weiß, daß die radikal-sozialistischen Massen des Ministers Herriot nur zu einem Teile mit ihrem Herzen bei der Regierung des Burgfriedens sind. Man weiß auch, daß die Nationalisten, als deren Vertreter man neben anderen vor allem Tardieu bezeichnen kann, durchaus nicht begeistert bei dem Gedanken sind, Seite an Seite mit den ihnen verhassten Radikal-sozialisten die Verantwortung für die Geschehnisse des Landes zu tragen.

Die Ermordung des jugoslawischen Königs und des französischen Außenministers gibt jetzt den Rechtspolitikern, denen die Regierung Doumergue nicht recht genug erscheint, Gelegenheit, den erwünschten Stroh gegen die Zusammenlegung des Kabinetts zu fächeln. Die Frage nach denen, die verantwortlich dafür sind, daß der Mörder fast ungehindert in Marzelle sein blutiges Werk verrichten konnte, wird allerdings einmütig in der französischen Presse gestellt. Es wird schärfstes Vorgehen gegen die Beamten gefordert, die irgendwie ihre Pflicht versäumt haben. Dabei aber kann man deutlich feststellen, daß die Rechtspresse — und sie macht gar keinen Hehl daraus — auf den radikalsozialistischen Innenminister Sarraut hinstellt und sein Haupt fordert. Man möchte einen Mann der Rechten an seinem Plage sehen, der vor allem eine schärfere Fremdenpolitik treiben soll. An die Spitze dieser Bewegung stellt sich der nationale Frontkämpferverband, der in einem

Communiqué den Rücktritt des Justizministers Chéron und des Innenministers Sarraut fordert.

Im Jour heißt es, Frankreich sei ein Land, das weitverbreitete Gastfreundschaft pflege. Es denke nicht daran, mit seiner Ueberlieferung zu brechen. Aber wenn Ausländer unter Nichtachtung der Gebräuche der Gastfreundschaft sich in Frankreichs Innenpolitik einmischen, wenn sie hier ihren baskischen Plänen nachgehen, dann sei das geradezu unerträglich. Sicherlich sei die Fremdenkontrolle unzureichend. Unerhört sei es, daß Ausländer ungekrant an Rundgebungen teilnehmen könnten, deren Zweck es sei, ein nationales Durcheinander zu schaffen. Sie sollten in solchen Fällen ohne weiteres ausgewiesen werden.

Sehr lebhaft sind die Erörterungen darüber, wen Doumergue als Nachfolger Barthous bestimmen wird. Eine Entscheidung darüber wird wohl kaum vor Montag fallen; denn am Samstag findet Barthous Besprechung statt, am Sonntag ist der zweite Wahlgang für die Kantonalwahlen. Zunächst hat ja Doumergue die Führung des Außenministeriums selber übernommen, und gewichtige Stimmen werden dafür laut, daß er das Außenministerium behält. Man will so gewissermaßen einen Status quo schaffen, weil man meint, daß eine Kräfteverschiebung im Kabinett sehr leicht zu einer Krise der Gesamtregierung führen könne. Deuore bemerkt, die Gesamtdemission würde es Doumergue ermöglichen, sein Kabinett gründlich zu erneuern. Dabei können zwei oder drei Minister verschwinden, deren Beseitigung, wie das radikalsozialistische Blatt hinzufügt, die Rechte schon lange fordert. Das sei aber nicht ganz einfach. Unter den Kandidaten für den Außenministerposten nennt man in erster Reihe Herriot und Paul-Boncour, für das Innenministerium Pierre Laval.

Man kann nicht annehmen, daß eine Berufung Herriots in den Conseil d'Etat ohne Schwierigkeiten vor sich gehen könne. Herriot gehört der Regierung als Minister ohne Portefeuille an, ebenso wie Tardieu. Beide sind lediglich als Verbindungsleute zu ihren Parteien gedacht. Würde nun Herriot den wichtigen Posten des Außenministers erhalten, dann würde die Rechte die Tardieu entsprechende Forderungen stellen.

Dunkle Wolken stehen am innenpolitischen Himmel Frankreichs. Doumergue wird keine ganze Geschäftlichkeit und mehr noch seine Autorität aufbieten müssen, um sie zu zerstreuen.

Sprechstunde für die Leser der „Deutschen Freiheit“

Eine Sprechstunde für die Leser der „Deutschen Freiheit“ findet an jedem Montag und Mittwoch von 17.30 bis 19 Uhr in Paris 20e, 10, Avenue de la Porte de Ménilmontant, statt. Ein ehemaliger deutscher Rechtsanwalt und Notar wird unseren Lesern kostenlos Auskunft in allen juristischen Fragen erteilen. Außerdem können sie unentgeltlich in allen Emigrationsfragen, Berufsumschiebung usw. beraten werden. Schriftliche Anfragen sind unter Beifügung des Rückporto zu richten an die Rédaction de la „Deutsche Freiheit“, Bureau parisien, 10 Avenue de la Porte de Ménilmontant, Paris 20e.

Die Sprechstunde findet erstmalig im Montag, 15. Oktober, statt.

BRIEFKASTEN

H. H. Viel, Ihr Wunsch wird erfüllt.

Jünger Kaitolik im Reich. Gelegentlich einer Auslandsreise machen Sie uns ein Gebet zugänglich, das von der nationalsozialistischen Zeitungsfortschrittung auch katholischen Zeitungen zum Abdruck zugewandt wird:

Sie tragen nicht das Banner mosischer Lehren!
Sie führen nicht den Saum der jüdischen Welt!
Und keine Macht vermag uns zu befehlen,
denn unter jüdischer Seele muß sich wehren,
weil sie sich ihren Glauben selbst erhält!

Und dieser Glaube spricht in unseren Wäandern
zu einem Gott, der über allem steht.
Er gab uns einen Führer, und wir haben
an jüdischen Gräbern seines Willens Bahnen
und unter Marschschritt ist für ihn Gebet!

Otto Fobbe.

Sie meinen, das sei der echte Nationalsozialismus: Gebet des Rommshilfsfelds für Adolf Hitler, den neuen Gott.

„Ein Darmstädter“ schreibt uns: In der „Deutschen Front“ ist vor einigen Tagen der merkwürdige Artikel zur Saarfrage aus der Feder eines Herrn Richard Seubert aus Darmstadt erschienen. Dieser R. Seubert nennt sich im Untertitel selbst: „ehemaliger sozialdemokratischer Ueberredungskünstler“. In der Tat war er das, und zwar in Darmstadt, wo er nach dem Tode Ludwig Duffels, des alten, aufrichtigen Sozialisten, am „Deutschen Volksfreund“ die Redaktionsgeschäfte leitete. Er gehörte in der SPD zu den hängigen Querschnitts- und unmaßgeblichen Beherzungen. Sie selbst hielt und empfahl er als den überzeugten und intellektuellen Sozialisten von Heinen und Umgegend. Auf den heftigen Landesparteitagen machte er verständlich eine ganz besondere Art „Opposition“: Er verlor die proletarischen Delegierten mit einem Wut von Fremdwörtern dumm zu machen und behandelte alle Fragen von dem Standpunkte der „marxistischen Dialektik“ so, wie er sie verstand. Wegen dieser und den Nationalsozialismus konnte er nie das Maul weit genug aufreißen. Vielleicht ist es für seine heutigen Auftragsgeber von einigem Interesse zu erfahren, daß Idee und Text zu einem Flugblatt, der in 1932 besonders in der Darmstädter und Mainzer Bewegung maßgebend aufgeworfen wurde und die Nazis in bester Eile verlegte, dem R. Seubert von R. Seubert, damaliger sozialdemokratischer Ueberredungskünstler in Darmstadt, entworfen und bearbeitet wurde. Dieser Flugblatt zeigte eine Reihe außerordentlich scharfer und klugen, die sämtlich ausgeprägte Züge besaßen, und hatte darunter eine — zugegeben! — wenig geschmackvoll gehaltene Kadenz. Vielleicht interessiert es auch den Reichsstatthalter und Reichsleiter Seubert aus Frankfurt, daß sein heutiger Vorgesetzter früher in Versammlungen seinen jetzigen Herrn und Heilighen nur als notorischen Säuer zu charakterisieren pflegte. Nach dem 3. März 1933 war der Dialektiker Seubert selbstverständlich verschwunden. Nun ist er — nach dialektischer Wendung — wieder da, im Braunschweig, als Nazi und verdreht seine ehemalige Sache in genau der hundsgemeinen Weise wie sein größerer Vorgesetzter denning Tuderhott. Wie beglückwünschen die Brauner zu solchen Erörterungen und nehmen und wünschen sehr vor, — wenn die Stunde schlägt, mit Herrn Richard Seubert, ehemaligem sozialdemokratischem Ueberredungskünstler und jetzigem Neuen und Gehirnsorgeschalteten aus Darmstadt, ein Wörtchen zu reden, nicht theoretisch und mit Fremdwörtern, sondern praktisch und auf gut Deutsch!“

Aufbahrung der Leiche Barthous

Paris, 11. Oktober.

Die mit der Regelung des Staatsgebräuhnisses für Barthous beauftragte Kommission hat Mittwoch eine Sitzung abgehalten, um die Einzelheiten des Begräbnisses festzulegen.

Barthous Leiche ist in dem in eine Kapelle umgewandelten Uhrensal des Außenministeriums aufgebahrt. Das Publikum kann den herlichen Ueberresten des französischen Außenministers Freitag von 9 Uhr bis 18 Uhr und Samstag bis um 11 Uhr noch einmal seine Ehrfurcht erweisen.

Am Samstag um 1 Uhr wird der Leichnam von der Familie und dem engeren Freundeskreis des Verstorbenen in feierlichem Zuge nach dem Invalidendom geleitet, auf dessen Vorplatz Tribünen errichtet sind. Ministerpräsident Doumergue wird die Leichenrede halten. Alsdann wird eine Truppenparade vor dem Katafalk stattfinden und die offiziellen Festredner des Leichnams werden nach beendeter Leichenfeier sich zu der religiösen Leichenfeier im Invalidendom zusammenfinden. An dieser religiösen Feier werden auch die früheren Frontkämpfer mit ihren Bahnen teilnehmen. Dann wird der Sarg in Begleitung der Familie und der engeren Freunde des Verstorbenen nach dem Père Lachaise gebracht, wo die Beisetzung im Erdbegräbnis der Familie stattfindet.

Vor der Beisetzung König Alexanders

Belgrad, 12. Okt. Der Kreuzer „Dobronit“ mit den herlichen Ueberresten des Königs Alexander wird am 14. Oktober um 6 Uhr früh, geleitet von sämtlichen südslawischen Kriegsschiffen, in Spalato eintrafen. Nach einem Gedächtnisgottesdienst wird die Bevölkerung an dem Sarge vorbeiziehen. Um 10 Uhr wird der Sarg im Sonderzuge nach Aram übergeführt, wo er in den späten Abendstunden eintrafen wird. Am 15. Oktober morgens erfolgt die Weiterfahrt nach Belgrad, wo sich zum Empfang u. a. die Mitglieder des Regimentsrates und der Regierung sowie Vertreter von Senat und Kammer einfinden werden. Der tote König wird ins alte Palais übergeführt, wo ein kurzer Gedächtnisgottesdienst abgehalten wird. Am 16. und 17. Oktober wird die Bevölkerung an der Bahre vorbeiziehen dürfen, um Mitternacht des 17. Oktobers wird der Sarg in die Belgrader Kathedrale gebracht, wo am 18. Oktober morgens ein feierliches Requiem abgehalten wird. Sodann erfolgt die Ueberführung in die Kirche in Dolemnag, wo die Beisetzung unter militärischen Ehren erfolgen wird.

Kabinet Uzunowitsch bleibt

Ab. Belgrad, 12. Okt. Die Regentschaft bestätigte am Donnerstag das Kabinett Uzunowitsch.

Italienfeindliche Kundgebungen in Jugoslawien

Belgrad, 12. Okt. („United Press“.) In den gestrigen Abendstunden haben sich in ganz Slavonien eine Reihe von Demonstrationen ereignet, die eine Spitze gegen Italien enthielten. Von den Führern der Demonstrationen wurde darauf hingewiesen, daß die Südslawen in der letzten Zeit über die Ziele der italienischen Politik hätten Klarheit gewinnen müssen; sie seien in ihrer Eigenstaatlichkeit und in ihrer nationalen Ehre bedroht gewesen.

Der Polizei gelang es, die Demonstranten, die sich immer wieder sammelten, ohne Gewaltanwendung zu zerstreuen. Zur Verhinderung weiterer antitalienischer Kundgebungen wurden auf Anordnung der Regierung das italienische Konsulat und die italienische Gesandtschaft in Belgrad durch harte Polizeiwachen geschützt.

In Aram und Loidach wurden Demonstrationen gegen Italien und Ungarn laut. Die Konsulate dieser beiden Länder stehen unter Bewachung. Zwischenfälle ereigneten sich in diesen nicht.

In Seglewo kam es zu Demonstrationen, die sich gegen Italien und gegen die Kroaten richteten. Da die Besatzung des Bistums, die katholische Kirche, angeschlossen, nicht erfolgte, demonstrierten junge Leute auf dem Dampfabzug dann durch die Straßen und warfen den als kroatisch gekannt bekannten Einwohnern die „enfermenden“ ein. Aehnliche Kundgebungen ereigneten sich in Subotica.

Kämpfe in Spanien

Keine Beruhigung

Paris, 12. Okt. Nach in Paris vorliegenden Meldungen aus Spanien wurde im Verlauf der Nacht in Madrid wiederum geschossen, vor allem im nördlichen Stadtviertel. Ein Automobill raste durch die Straßen und feuerte aus einem Maschinengewehr. Der Polizei ist es nicht gelungen, den Wagen zum Stehen zu bringen oder einzuholen.

Nach einer Mitteilung der Regierung sollen in der Provinz Asturien Kämpfe um den Raranco-Berg begonnen haben. Die Aufständischen haben ein großes Hotel in Oviedo in Brand gesteckt. Nach einer Meldung aus La Coruna haben die Aufständischen die dortige Peterskirche in Brand gesteckt, die fast vollständig ein Raub der Flammen wurde.

Paris, 12. Okt. Nach einer Meldung aus Le Ferrol haben die Aufständischen einen Angriff auf das Elektrizitätswerk ausgeführt und die Stadt somit der Lichtversorgung beraubt. Die Zivilgarde hat die Aufständischen schließlich zurückgewiesen. Einer der Angreifer, Lehrer und Direktor einer marxistischen Zeitung, wurde getötet. Nach einer Meldung aus Bilbao haben die Regierungstruppen die von den Aufständischen besetzte Ortschaft Terandio wieder eingenommen und dabei ein großes Waffenlager entdeckt. Man fand die Leichen zweier Zivilisten vor. Alsdann rückten die Regierungstruppen gegen Valmoleba vor, das sie ohne Kampf besetzten.

Die französischen Stichwahlen

Die Radikalsozialisten im zweiten Wahlgang

Paris, 12. Okt. Der Volksgaustausch der Radikalsozialistischen Partei hat am Donnerstag einen Beschluß gefaßt, der es den Bezirksvereinigungen überläßt, gemäß dem Parteiprogramm die Wahlstatistik für den zweiten Wahlgang der Kantonalwahlen zu bestimmen. Daß die Tendenz dieser recht wenig bestimmt gehaltenen Richtlinien eher noch rechts, als nach der marxistisch-kommunistischen gemeinsamen Front hin geht, kann man aus der Tatsache entnehmen, daß in der gleichen Sitzung ein Schreiben zur Erörterung stand, das von der Demokratischen Allianz ausgeht, die unter dem Vorsitz des linksrepublikanischen Abgeordneten und Ministers Mandin steht. In diesem Schreiben wird angefragt, ob die Radikalsozialisten nicht der Ansicht seien, daß ein Versuch der Annäherung zwischen den beiden Parteigebrüden angebracht wäre. Der Volksgaustausch der Radikalsozialisten hat zu diesem Vorschlag gestern noch nicht amtlich Stellung genommen, will jedoch grundsätzlich keine Aussprache zurückweisen.

„Times“ und „Manchester Guardian“

Von der Gestapo beschlagnahmt

Die Londoner „Times“ meldet, daß ihre Ausgabe vom letzten Samstag in Berlin beschlagnahmt worden ist. Seit dem 9. Juli ist es das fünfte Mal, daß das englische Blatt von dieser Maßnahme der Geheimen Staatspolizei betroffen wurde, und die Beschlagnahmung wurde diesmal begründet mit einem Telegramm aus Wien über die österreichisch-deutschen Beziehungen, in dem über eine Gerichtsverhandlung gegen einen Reichsdeutschen wegen Beteiligung am Juliputsch und über die Mission v. Papens berichtet wurde. Der „Manchester Guardian“ wurde am gleichen Tage ebenfalls beschlagnahmt, vermutlich wegen eines Artikels über die Absichten des Prozesses gegen den Kommunistenführer Thalman.

In der Nacht zum Freitag brach in einer Autofabrikseriefabrik in Lyon ein großer Brand aus. Der ganze Gebäudekomplex wurde ein Raub der Flammen. Die Feuerwehr konnte nur mit großer Mühe ein Ausbreiten des Brandes verhindern. Der Sachschaden wird auf mehr als eine Million Franken geschätzt.

Fabrikationsbetrieb von Damenkonfektion

in Tausch Lieferungen, Spezialartikel nähen und besetzen. Generell, erstklassige, Unverwundbar mit 12 Kundenstock, magen (auch in den abendlichen) wird kundenspezifisch verknüpft. Seidene Bekleidungen, welche eine gewöhnliche Bekleidung ersetzen und über ca. 250.000 Fr. vorliegen, wollen sich an MAX STÄUBER, PARIS 21, rue St. Marc, wenden.

Wer steht oder stand in Geschäftsverbindung mit der Bankfirma
Layon Russel & Co., Ltd.
Amsterdam C. Hoerengracht 530
oder deren Vertretern Aichinger und Bachmann? Wichtige Aufklärungen. Diskretion zugesichert. Angebote unter Chiffre 1181 an d. „Deutsche Freiheit“ Saarbrücken

Roulette

Chiffrepapier bietet absolute sichere Gewinnchance
Sfr. 10 ergeben ein tagl. Benefiz von Sfr. 25.—
Sfr. 50 ergeben ein tagl. Benefiz von Sfr. 125.—
usw.

Auskunftskosten 00 unter Chiffre 8453X an unsere 20r-Annancen A. G. Basel

Auch die „Kleine Anzeige“ in der „Deutschen Freiheit“ bringt Erfolg

Literatur

August Forel in seinen Erinnerungen

Der große Forscher, Bahnbrecher und Menschenfreund hat in einem Band „Rückblick auf mein Leben“, der demnächst im Verlag der Buchverlags- und Vertriebsanstalt Zürich erscheint, seine Erinnerungen niedergelegt. Am Oktoberfest der Zeitschrift „Hilfsblätter“ beschäftigt sich Bruno Schönlank in einem Artikel mit der Biographie dieses Mannes, denen unerbittliche Wahrheitsteile sich schon in seiner Jugend mit einem unerschütterlichen Durchsetzungsvermögen verweigerte, der in unermüdlichem Arbeitsgeist als Wissenschaftler und Arzt, als Kämpfer des Alkoholismus und als Vertreter für Frieden und Sozialismus sich einsetzte. Auszüge aus dem „Rückblick“ lassen dessen reichen und interessanten Inhalt erkennen. Freuden aus anderen Werken und verschiedene Anekdoten veranschaulichen das Bild August Forels. Die Buchverlags- und Vertriebsanstalt Zürich kündigt als weitere Herausforderungen für das vierte Quartal einen Bergarbeiter-Roman „Die Kumpeln“ an, der, einfach und volkstümlich geschrieben, über Arbeit und Erleben der Kumpeln berichtet.

Für den Gesamtschalt verantwortlich: Johann Pich in Tübingen; für Inserate: Otto Ruhn in Saarbrücken, Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken & Schödenstraße 5, — Schiffschiff 776 Saarbrücken.